

BULLETIN N°94 – März 2026

Botschaft des FMA-Präsidenten

Liebe Mitglieder,

in diesem Jahr feiert die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments ihr 25-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung verfolgt unsere Vereinigung ein klares und ehrgeiziges Ziel: das institutionelle Gedächtnis des Europäischen Parlaments zu bewahren und sicherzustellen, dass ehemalige Mitglieder auch nach Ablauf ihres Mandats weiterhin zum europäischen Projekt beitragen können.

Unsere Veranstaltungen im Dezember 2025 haben einmal mehr die anhaltende Relevanz dieser Mission unter Beweis gestellt. Die hohe Beteiligung und die lebhaften Debatten bestätigten, dass unsere Mitglieder nach wie vor tief engagiert und dem EU-Projekt verpflichtet sind. Ihre Erfahrung, ihr institutionelles Wissen und ihre langfristige Perspektive wurden nicht nur von ihren ehemaligen Kollegen, sondern auch von den Mitarbeitern des Europäischen Parlaments und der anwesenden Öffentlichkeit sehr geschätzt. Ein ausführlicher Bericht über diesen Austausch ist in dieser Ausgabe des Bulletins enthalten.

Diese Veröffentlichung erscheint zu einem für die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft besonders wichtigen und schwierigen Zeitpunkt. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe, „Ist die EU ein globaler Akteur?“, ist daher besonders aktuell. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, die lange Zeit als eine Säule der globalen Stabilität galten, werden derzeit neu bewertet. Zwar gründet die transatlantische Partnerschaft nach wie vor auf gemeinsamen demokratischen Werten und jahrzehntelanger Zusammenarbeit, doch sind in Bereichen wie Handel, Industriepolitik, Energiesicherheit und insbesondere in Bezug auf Verteidigung und globale Governance Differenzen aufgetreten.

Unter diesen Umständen muss die Europäische Union klar und geschlossen handeln. Sie muss eine starke und konstruktive transatlantische Beziehung aufrechterhalten und gleichzeitig ihre eigene Fähigkeit stärken, einheitlich, widerstandsfähig und mit strategischer Glaubwürdigkeit zu handeln. Ich schließe mich voll und ganz den Worten von Präsidentin Von der Leyen an, die sagte: „Wir stehen gemeinsam, entschlossen und unmissverständlich hinter unseren Mitgliedstaaten angesichts jeder Bedrohung“, und bekunde unsere Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen sowie den Bürgerinnen und Bürgern in Zypern, einem Mitgliedstaat der Union, der in einer sehr schwierigen und heiklen Zeit den Vorsitz im Rat innehat.

Vor dem Hintergrund verschärfter regionaler Spannungen und angesichts der Absage der für den 15. bis 17. März 2026 in Nikosia geplanten Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschaftsangelegenheiten (COSAC) (die Sitzung wird virtuell stattfinden) wurde auch der für den 25. bis 27. März geplante Besuch der FMA in Zypern abgesagt. Wir bedauern zwar, dass wir diesen Austausch nicht persönlich führen können, werden ihn jedoch online durchführen, was es uns ermöglicht, den Dialog mit unseren zyprischen Amtskollegen trotz der Umstände aufrechtzuerhalten.

Diese Ausgabe fällt zudem mit dem Internationalen Frauentag zusammen, der am 8. März begangen wird. Er bietet eine wichtige Gelegenheit, über die erzielten Fortschritte und die noch bestehenden Aufgaben nachzudenken. Viele unserer Mitglieder haben sich während ihrer Amtszeit stark für die Rechte der Frauen eingesetzt und setzen dieses Engagement heute durch politische, kulturelle und zivilgesellschaftliche Initiativen fort. Die Ziele der Europäischen Union lassen sich ohne entschlossenes Handeln zur Förderung echter Chancengleichheit nicht erreichen.

Im Juni werden wir uns erneut zu unseren jährlichen Veranstaltungen treffen, und zwar am 2. und 3. Juni 2026. Zu diesem Anlass werden wir im Europäischen Parlament eine Sonderausstellung zum 25-jährigen Jubiläum organisieren, die unter der Leitung der FMA-Vizepräsidentin Monica Baldi vorbereitet wird. Wie es Tradition ist, werden wir ehemaligen Mitgliedern, die 2025 und 2026 verstorben sind, Tribut zollen und ihr Engagement und ihren Einsatz für das europäische Ideal würdigen. Außerdem werden wir neue Mitglieder in den FMA-Vorstand wählen, um Kontinuität und Erneuerung in unserer Führung zu gewährleisten. Ich möchte Sie nachdrücklich ermutigen, an diesem wichtigen Moment im Leben unseres Vereins teilzunehmen.

Wir haben „Engagement für Europa“ als Leitbotschaft für dieses Jahr gewählt. Während wir auf ein Vierteljahrhundert der Arbeit unseres Vereins zurückblicken, bekräftigen wir unsere gemeinsame Pflicht, die Grundsätze, auf denen die Union gegründet wurde, hochzuhalten und mit Weisheit und Erfahrung zu ihrer zukünftigen Entwicklung beizutragen.

Möge dieses Jubiläum unser Vertrauen in die Fähigkeit Europas stärken, durchzuhalten, sich anzupassen und eine Führungsrolle zu übernehmen. Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre und freue mich darauf, Sie im Juni zu unseren jährlichen Veranstaltungen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen,



Klaus Hänsch

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Aktuelle Themen: Ein ausgewogenes Abkommen für den Agrar- und Lebensmittelsektor, das neue Entwicklungschancen eröffnet

Die Unterzeichnung des Assoziierungs- und Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) ist ein wegweisender Schritt für unsere strategischen und handelspolitischen Beziehungen zu Lateinamerika.

Gerade in diesen Tagen überrascht die Kontroverse um dieses Abkommen, zählt es doch zu den EU-Handelsverträgen, die die Interessen unserer landwirtschaftlichen Erzeuger in besonderem Maße berücksichtigen. Zudem werden darin besonders hohe Nachhaltigkeitsstandards gesetzt und unserer exportorientierten leistungsstarken Agrar- und Lebensmittelwirtschaft neue Perspektiven eröffnet.

Das Kapitel über Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse wurde im Juni 2018 weitgehend abgeschlossen, d. h. ein Jahr bevor im Dezember 2019 die politische Einigung zwischen der EU und dem Mercosur erzielt wurde. Seitdem wurde das Abkommen weiter verbessert, zum einen durch breiter ausgelegte umwelt- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen und zum anderen durch zusätzliche von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmen, etwa Schutzvorkehrungen für sensible Erzeugnisse gegenüber einem gefährlichen Anstieg der Einfuhren sowie verstärkte Kontrollen eingeführter Erzeugnisse und mehr Vor-Ort-Prüfungen in den Ursprungsländern.

Zum Schutz der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher müssen alle Produkte, die in der EU vertrieben werden, unseren strengen gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften genügen. Diese Vorgaben sind in keinem Abkommen verhandelbar, und alle Erzeuger, die ihre Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt vertreiben möchten, müssen sich entsprechend anpassen. Um dieser Position noch mehr Nachdruck zu verleihen, hat die Kommission vorgeschlagen, die Einfuhr von Erzeugnissen, die Rückstände von in der EU nicht zulässigen Pflanzenschutzmitteln aufweisen, durch eine Änderung der Vorschriften zu verbieten.

Das Abkommen schützt unsere Agrarproduktion durch den schrittweisen Abbau von Zöllen und die Einführung von Kontingenten für besonders sensible Erzeugnisse wie Rind- und Geflügelfleisch, Zucker, Honig und Reis, wobei die reduzierten Zölle nur für Mengen gelten, die lediglich 1 bis 2 % des Verbrauchs in der EU ausmachen.

Selbst unter Berücksichtigung der kombinierten Auswirkungen mit anderen Handelsabkommen ergibt sich der von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Jahr 2024 veröffentlichten Studie zufolge ein recht ausgewogenes Gesamtbild, das sogar von einem steigenden Überschuss der Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU ausgeht.

Durch diese Handelsabkommen wird der Markt für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse vergrößert und für eine Diversifizierung der Länder gesorgt, aus denen wir wichtige Rohstoffe beziehen. Somit tragen sie zu einer besseren Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelversorgung sowie zur Ernährungssicherheit der Europäerinnen und Europäer bei.

Im Rahmen des Abkommens mit dem Mercosur eröffnen sich interessante Möglichkeiten für spanische Erzeugnisse, unter anderem durch die schrittweise Liberalisierung von 93 % der Zolltariflinien für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel. So kann die Abschaffung hoher Zölle auf Waren wie Olivenöl, Wein und Spirituosen, Schweinefleisch, Obst und Gemüse, Gewürze, Süßwaren und Käse (derzeit zwischen 10 % und 35 %) durch das Abkommen die Ausfuhr europäischer Waren befeuern.

Auch der Schutz vor Nachahmungen wird verstärkt, indem 344 europäische geschützte Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben anerkannt werden.

Darüber hinaus werden bürokratische Hürden und andere Handelshemmnisse beseitigt, wodurch die Ausfuhrverfahren beschleunigt, vereinfacht und vorhersehbarer gestaltet werden.

Was den europäischen Viehzuchtsektor betrifft, so verbessert sich dank der Abschaffung der Ausfuhrzölle auch die Versorgung mit Futtermittelrohstoffen, etwa Soja, die nicht in ausreichender Menge in der EU produziert werden.

Dieses Abkommen bildet einen historischen Meilenstein, das in Zeiten von Protektionismus und Zollkriegen auf Handel setzt, sodass nach Abschluss des Ratifizierungsprozesses der wirtschaftliche, soziale und ökologische Fortschritt auf beiden Seiten begünstigt wird.

Luis Planas Puchades

SOC, SPE, Spanien (1986-1993, 1993)

Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung (Spanien)

Aktuelle Themen: Frauen regieren Europa. Doch das System tut dies noch immer nicht.

Seit zwei Jahrzehnten bietet die Europäische Union der Welt ein seltenes Bild: Frauen, die nicht nur am politischen Leben teilnehmen, sondern seine Ausrichtung von ganz oben mitgestalten. Dies spielt insofern eine Rolle, als es mit den anspruchsvollen Vorhaben der EU in Bezug auf die Erweiterung und die vertiefte Integration sowie mit Krisen, die den Zusammenhalt der EU und ihre Handlungsfähigkeit auf die Probe gestellt haben, zusammenfällt.

Die Geschichte besteht nicht allein aus Führungspersönlichkeiten. Was auffällt ist, dass die EU beginnt, etwas zu normalisieren, das global gesehen immer noch eine Ausnahme darstellt; nämlich mehrere Frauen, die zur gleichen Zeit wichtige politische und wirtschaftliche Ämter innehaben.

Heute haben diese Macht zur Festlegung der politischen Agenda zum Beispiel zwei Ministerpräsidentinnen inne. Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen (S&D) hat dazu beigetragen, Europas neue Sicherheitspolitik voranzubringen. Als Dänemark den turnusmäßig wechselnden Vorsitz des Rates übernahm, hat sie die Unabhängigkeit im Bereich der Sicherheit und stärkere europäische Verteidigungsfähigkeiten zu zentralen Prioritäten gemacht. Darüber hinaus hat Frederiksen europäische Gespräche zum Thema Migration geprägt, wobei Dänemarks restriktiver Ansatz, der von einigen bewundert und von anderen kritisiert wird, immer häufiger als Zeichen für ein EU-weites Umdenken angeführt wird.

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni (ECR) ist gleichzeitig zu einer zentralen Figur im Europäischen Rat geworden und hat sich insbesondere zum Thema Migration Gehör verschafft, indem sie gleichgesinnte politische Führungspersonen, darunter Frederiksen, zusammengebracht und für „innovative Lösungen“ plädiert hat. Nach Meinung von Analysten ist die einst ausgegrenzte Meloni nun auf der politischen Bühne Europas angekommen und spielt eine Schlüsselrolle bei den transatlantischen Beziehungen. In Brüssel wird dieser zunehmende Einfluss nicht selten als tatsächliche Macht zur Festlegung der Agenda in wichtigen Angelegenheiten des Europäischen Rates gedeutet.

Auch auf EU-Ebene ist die Personalaufstellung ähnlich bemerkenswert. Ursula von der Leyen (EVP) leitet die Europäische Kommission, setzt strategische Prioritäten und steht an der Spitze des Kollegiums der Kommissionsmitglieder. Roberta Metsola (EVP) gestaltet als Präsidentin des Europäischen Parlaments dessen legislative Agenda und vertritt das Organ nach außen hin.

Europas Außenpolitik wird von Kaja Kallas (Liberale) koordiniert, die als Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission fungiert. Auf dem Gebiet der Wirtschaft leitet Christine Lagarde die Europäische Zentralbank, während die ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin Spaniens und Ministerin für Wirtschaft, Nadia Calviño (S&D), das Amt der Präsidentin der Europäischen Investitionsbank übernommen hat.

Dabei handelt es sich um ein starkes Narrativ, das uns aber nicht zur Bequemlichkeit verleiten sollte. Nach der Wahl im Jahr 2024 ist der Anteil der weiblichen Mitglieder des Europäischen Parlaments vom Höchststand mit 41 % im Jahr 2019 auf unter 40 % gesunken.

Damit hat sich der Aufwärtstrend zum ersten Mal umgekehrt. Kein EU-Mitgliedstaat erreicht in seinem nationalen Parlament eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter, mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern, wobei Zypern mit einem Frauenanteil von 15 % im Parlament das Schlusslicht ist.

Warum ist das wichtig? Empirische Daten zeigen eine eindeutige Korrelation zwischen der Vertretung von Frauen in der Politik und dem Wirtschaftswachstum, das für die EU so wichtig ist, um nur einen Grund zu nennen¹. Aber sollte das „Warum“ im Europa des Jahres 2026 überhaupt eine Rolle spielen?

Was Europa im Wege steht, sind nicht fehlende Talente, sondern die Gestaltung seiner Politik. Zu oft spielen bei der Vergabe von Posten in Parteien immer noch ungeschriebene Gesetze und „alte Netzwerke“ eine große Rolle. Die Realität der politischen Tätigkeit – lange Nächte, häufige Reisen und ständige Verfügbarkeit – stößt nach wie vor auf ungleich verteilte Betreuungsaufgaben im privaten Leben. Belästigungen, insbesondere im Internet, führen ferner auch heute noch dazu, dass sich begabte Menschen gegen eine Karriere in der Politik entscheiden und dass toxisches Verhalten in der demokratischen Debatte zur Normalität wird.

Dem im März begangenen Internationalen Tag der Frau sollte daher mehr als nur eine symbolische Rolle zukommen. So kann die Europäische Union die Stärken ihrer weiblichen Führungskräfte hervorheben und gleichzeitig die Vertretung von Frauen als demokratische Infrastruktur begreifen; als etwas, das durch Parteireformen, moderne Arbeitsvorschriften und eine Null-Toleranz-Politik bei Gewalt gegen Frauen verteidigt werden muss. Europa hat bereits bewiesen, was möglich ist. Jetzt muss es zeigen, dass die Fortschritte von dauerhafter Natur sind.

Silvana Koch-Mehrin

ALDE, Deutschland (2004-2014)

¹ „Representation Matters“-Bericht von 2024: womenpoliticalleaders.org/representation-matters/.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Aktuelle Themen: Die Natrium-Ionen-Batterieherstellung: Ein Weg zur Energieunabhängigkeit Europas

In Als Verfasser der Sondierungsstellungnahme des EWSA zur Natrium-Ionen-Batteriebranche (CCMI/250), bei der ich zusammen mit dem Ko-Verfasser Hervé Jeannin federführend tätig war, möchte ich eine Zusammenfassung der Ergebnisse vorstellen.

Die Bedeutung von Natrium-Ionen-Batterien als eine der wichtigsten Alternativen zu herkömmlichen Lithium-Ionen-Batterien nimmt in verschiedenen strategischen Wirtschaftszweigen zu. In der Stellungnahme wird bekräftigt, welche Bedeutung sie für die EU haben, wenn es darum geht, die Energieunabhängigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu stärken.

Natrium-Ionen-Batterien stellen nicht nur eine umweltfreundlichere Alternative dar; sie bieten der EU auch die Chance, ein robustes Ökosystem zu schaffen, das Forschung, Industrie und die Heranbildung von Arbeitskräften miteinander verbindet. Für den Aufbau dieses Ökosystems ist eine starke Zusammenarbeit verschiedener Interessensträger notwendig, unter anderem von Regierungen, Akteuren der Privatwirtschaft und Organisationen aus den Bereichen Forschung und Technologie.

Um das Potenzial der Natrium-Ionen-Technologie voll auszuschöpfen, muss die EU unterstützende Maßnahmen ergreifen, wie beispielsweise Investitionsbeihilfen und Steuergutschriften für die Herstellung. Mit diesen finanziellen Anreizen wird die Nachfrage gesteigert und der Ausbau von Produktionskapazitäten erleichtert. In der Stellungnahme werden beachtliche Investitionen in gemeinsame Forschung und Entwicklung (FuE), insbesondere in Bereiche wie feste Elektrolyte und Salzwasserbatteriesysteme, gefordert. Das Budget sollte dem Vorschlag zufolge mindestens 220 Mrd. EUR umfassen, um technologische Fortschritte voranzubringen.

Darüber hinaus hat auch die nachhaltige Herstellung von Natrium-Ionen-Batterien eine enorme Bedeutung. Im Herstellungsprozess sollte von Beginn an der Fokus auf umweltgerechte Gestaltung und Recycling gelegt werden, um den umfassenderen Nachhaltigkeitsinitiativen der EU, wie dem Grünen Deal und dem Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, zu entsprechen. Auf diese Weise können Natrium-Ionen-Batterien einen positiven Beitrag sowohl für die Wirtschaft als auch für die Umwelt leisten.

Angesichts des wachsenden weltweiten Interesses an Natrium-Ionen-Batterien wird in der Stellungnahme betont, dass es einer durchdachten Strategie für den Markteintritt bedarf. Der Umgang mit regulatorischen Hindernissen ist ebenfalls entscheidend. Durch gestraffte Genehmigungsverfahren können Produktionsstätten schnell aufgebaut werden, vor allem, wenn bestehende Infrastrukturen und Fähigkeiten auf dem Gebiet der Lithium-Ionen-Technologie genutzt werden. So kann die EU mit den Entwicklungen im Bereich der Batterietechnologie auf internationaler Ebene Schritt halten.

Um mit den Initiativen zu Natrium-Ionen-Batterien einen größtmöglichen Nutzen zu erzielen, muss der Schwerpunkt auf Strategien für starke Arbeitskräfte gelegt werden. Dazu gehören Investitionen in Ausbildungsprogramme, mit denen die Qualifikationslücke geschlossen wird und lokale Gemeinschaften miteinbezogen werden, damit das Wachstum in diesem Bereich inklusiv ist und allen Interessensträgern zugutekommt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Übergang zur Herstellung von Natrium-Ionen-Batterien ein enormes Potenzial für die EU bietet, da dadurch die technologische Souveränität gefördert und die Energieunabhängigkeit gestärkt werden kann und nachhaltigere Verfahren in der Batterieindustrie vorgebracht werden können. Durch strategische Investitionen, kollaborative Ökosysteme und einen unterstützenden Regulierungsrahmen kann Europa eine führende Rolle in diesem Industriezweig einnehmen und so den Weg für eine grünere und nachhaltigere Zukunft ebnen.

* Der Inhalt wurde vom EWSA unter Zuhilfenahme von KI-Technologie erstellt.*

Paul Rübzig

PPE, Österreich, (1996-2019)

Aktuelle Themen: Selenskyj und die EU müssen sich gegen den amerikanischen Adler und den russischen Bären zur Wehr setzen

Wie alle Raubtiere haben Greifvögel von ihren Vorfahren gelernt zu jagen und zu töten. Dabei können ihre Jagd- und Tötungsmethoden grob in zwei Kategorien eingeteilt werden. Entweder sie beobachten ihre Beute und schlagen dann blitzartig zu oder sie gehen schlichtweg mit roher Gewalt vor. Während der amerikanische Adler nach einem aufmerksamen Spähflug blitzschnell auf seine Beute hinabschießt, schlägt der russische Bär mit enormer Kraft immer und überall zu; er beißt, würgt und schlägt auf seine Beute ein.

Die Trump-Regierung kombiniert beide Vorgehensweisen – sie beobachtet, greift blitzschnell an und geht dabei mit brutaler Gewalt vor. Es ist alles dabei. Der Erfolg dieser Taktik führt zwangsläufig zu der großen Frage: Was springt für uns dabei heraus? Bekommen wir etwas von der Beute ab, oder sogar noch mehr? Im Gegensatz dazu geht das Putin-Regime mit roher Gewalt gegen seine inneren und äußeren Feinde vor. Viele, viele Gegner des Regimes wurden aus Fenstern geworfen, Treppen hinuntergestoßen oder vergiftet. Mit dem Mord an Alexei Nawalny hat die Opposition in Russland ihre letzte Galionsfigur verloren. Seit 2014 greift Russland die Ukraine mit brutaler Gewalt an, wodurch unzählige Soldaten auf beiden Seiten der Front ums Leben gekommen sind. Den schweren Raketen- und Drohnenangriffen sind unzählige ukrainische Zivilisten zum Opfer gefallen. Viele wurden bei Massakern getötet, erwürgt, vergewaltigt ... Zehntausende ukrainische Kinder wurden zur „Umerziehung“ nach Russland deportiert.

Und jetzt gibt es den amerikanisch-russischen „Friedensplan“, eine Kombination aus dem amerikanischen Adler und dem russischen Bären, die gemeinsam auf die Jagd gehen. Bei dem Plan geht es schlicht um die Fragen „Was springt für uns dabei heraus?“ und „Wie können wir die Ukraine hart genug treffen, damit sie für die nächsten Jahrzehnte außer Gefecht gesetzt ist?“. Die Ukraine ist die Beute, die ausgenommen wird wie eine Weihnachtsgans und alles verlieren soll, wofür sie gekämpft hat: die Krim, den Donbas und letztlich ihre Souveränität. Sie soll die russische Sprache und die russisch-orthodoxe Kirche wiedereinführen, deren Patriarch der ehemalige KGB-Agent und Multimilliardär Wladimir Michailowitsch Gundjajew ist. Die Souveränität der Ukraine wird de facto aufgehoben, da sie ihre Armee drastisch verkleinern müsste, und selbst die brutalsten russischen Akteure müssten begnadigt werden. Ferner würden die internationalen Beziehungen der Ukraine geregelt und eingeschränkt werden. Investitionen vonseiten der USA und Russlands würden sowohl dem Adler als auch dem Bären zugutekommen – und auch Europa müsste hundert Milliarden Dollar beisteuern.

Letztendlich ist dieser sogenannte Friedensplan nichts anderes als die Kapitulation der Ukraine vor der vereinten Macht des russischen Bären und des gerissenen, gierigen amerikanischen Adlers. Weder Präsident Selenskyj noch die Europäische Union darf diesen kombinierten Ansatz des Jagens und Tötens hinnehmen. Setzen wir uns gegen diese Gewalt zur Wehr!

Peter van Dalen

EVP, Niederlande (2009-2023)

Aktuelle Themen: Das Unverständene Wunder: Der Europäische Frieden

Die europäische Integration begann als neuartiges politisches Projekt im Dienste eines utopischen Ziels. Das Projekt: eine neue Art der politischen Organisation in Europa; die Utopie: Frieden, endgültiger Frieden, immerwährender Frieden zwischen ebenjenen Staaten, die seit Jahrhunderten als Erbfeinde galten und für die schrecklichsten Kriege der Menschheitsgeschichte verantwortlich waren. Diese utopische Idee war so irrsinnig, dass selbst ihre Schöpfer nicht wagten, daran zu glauben.

Seit 1945 genießen wir im Grunde auf zwei „Ebenen“ Frieden. Auf die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts folgte ein unerwarteter, aber willkommener langer Weltfrieden. Dieser Frieden ist allerdings nichts als die Abwesenheit eines Krieges zwischen den damaligen Großmächten. Diese hielten die von Carl von Clausewitz geprägte Denkweise bei: Der Frieden ist vorzuziehen, jedoch kann Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Die Türkei hat dies gegenüber den Armeniern und Kurden gezeigt, die Russen bringen es in der Ukraine zum Ausdruck, China und Indien berufen sich regelmäßig darauf, und die Amerikaner haben bereits vor der Amtszeit von Präsident Trump Präventivkriege auf Grenada, in Panama und Irak geführt.

Europa befindet sich hingegen auf einem anderen Planeten. Es erreichte seinen eigenen Frieden, einen echten Frieden: die Aussöhnung zwischen den Völkern. Für zwei Drittel der Franzosen sind die Deutschen das Volk, das dem französischen am nächsten steht. Diese Aussöhnung übertrug sich auf die gesamte Union: auf Spanien und Portugal, Ungarn und Rumänien sowie Polen und Litauen. Sollte das Wort „Wunder“ zu stark erscheinen, könnte man stattdessen auch von einer „Premiere“ sprechen: In der Menschheitsgeschichte gab es einen solchen Fall noch nie, und bisher gab es auch woanders kein vergleichbares Beispiel.

Ein beispielloses Paradoxon: Nach 75 Jahren ist die politische Integration noch im Aufbau, aber die Utopie ist tatsächlich Wirklichkeit geworden.

Und das Paradoxon des Paradoxons ist: Die Begünstigten sind sich des Wunders nicht bewusst. Die Mitglieder des norwegischen Parlaments waren die ersten, die dieses Wunder anerkannten, als sie der EU im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis verliehen. Nach dem 24. Februar 2022 und dem 7. Oktober 2023 müssen wir uns jedoch bewusst machen, dass wir in West- und Mitteleuropa die verwöhnten Kinder des Friedens sind.

Wie war dies möglich? Sicher spielten die Verträge eine Rolle, aber jede Institution hat Verhandlungsmethoden, Entscheidungssysteme und Arbeitsweisen entdeckt und entwickelt, die Werkzeuge des Friedens bilden.

Kann man diese Aussöhnung beziffern?

Kann das einzigartige europäische Know-How übertragen und verbreitet werden?

An den Universitäten scheint man sich merkwürdigerweise wenig dafür zu interessieren. Gemeinsam mit dem Wilfried-Martens-Zentrum haben wir Historiker, Philosophen, Soziologen, Anthropologen, Politologen, Diplomaten und Experten im Bereich Geopolitik dazu eingeladen, sich mit diesen Fragen zu befassen. Weit über die PPE-Familie hinaus sind natürlich die Erfahrungsberichte und Analysen aller ehemaligen Mitglieder willkommen und werden entsprechend angeführt. Die Christdemokraten haben kein Exklusivrecht auf Wunder.

Im Rahmen des Programms „Topical Talk“ (Gespräche zu aktuellen Themen) von „The Economist“ werden in Bildungseinrichtungen auf der ganzen Welt Kompetenztrainings veranstaltet, bei denen den Schülerinnen und Schülern gezeigt wird, wie man in herausfordernden Situationen einfühlsam und konstruktiv kommuniziert. Sie lernen, dass man unvoreingenommen miteinander spricht und sich Dinge aus verschiedenen Sichtweisen anhört.

In dem gefährlich aufgeladenen politischen Klima, das gerade herrscht, müssen wir die volle Verantwortung für unsere Kommunikation übernehmen und die Konsequenzen tragen, wenn Gegner durch unsere Rhetorik angestachelt werden. In unseren Gesellschaften wird es immer politische Auseinandersetzungen, abweichende Meinungen, kulturelle Konflikte sowie unterschiedliche Ansichten über Werte und Traditionen geben. Aber Hass und Gewalt sind keine Antwort darauf. Wir können uns aktiv gegen eine Politik des Hasses und der Gewalt entscheiden – und diejenigen, zu denen wir aufschauen, nachdrücklich auffordern, dasselbe zu tun. Sie vor allen anderen müssen der Sprache des Hasses und der Gewalt widersagen - über das gesamte politische Spektrum hinweg und überall auf der Welt. Bevor es für uns alle zu spät ist und wir den Punkt erreichen, an dem es kein Zurück mehr gibt.

Alain Lamassoure

LDR, PPE, Frankreich (1989-1991, 1991-2019)

Aktuelle Themen: Dritter Aufruf

Zum dritten Mal nun möchte ich die Aufmerksamkeit meiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament auf eine ernstzunehmende Gefahr lenken. Die Organe der EU wurden für den Frieden geschaffen, jedoch werden sie zunehmend auf Krieg ausgerichtet. Und es besteht das Risiko, dass dies nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Hiermit möchte ich kein Werturteil über den Krieg in der Ukraine abgeben. Ich stelle lediglich fest, dass die Union sich hier immer stärker einbringt. Das ist allerdings nicht ihre Aufgabe. Der Wille der Gründerväter, der Vertrag von Lissabon und die Tradition der Kommission bringen dies zum Ausdruck. Es obliegt jedem Mitgliedstaat, zu entscheiden, welche Art von militärischer Unterstützung er der Regierung in Kyjiw zur Verfügung stellen möchte, sei es allein oder gemeinsam mit anderen Staaten. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Union, sich hier einzumischen. Ihre Unterstützung sollte sich ausschließlich auf humanitäre Hilfsmaßnahmen beschränken.

Die nachteiligen Auswirkungen, die die Beteiligung der EU an diesem Krieg hat, werden immer deutlicher. In der Hoffnung, die USA als Verbündeten wieder dazu zu bewegen, der Ukraine militärische Unterstützung zu gewähren, unterzeichnete Ursula von der Leyen letzten Sommer gezwungenermaßen ein unausgewogenes Zollabkommen mit Donald Trump. Diese Hoffnung wurde enttäuscht, die Demütigung jedoch ist geblieben. Der Europäische Rat hat Kyjiw vor Kurzem 90 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt, was die Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren 27 Regierungen weiter verschärft. Aufgrund des Krieges sind sie so gespalten und verbittert wie nie zuvor. Die Kommission musste wenig überzeugende juristische Verrenkungen anstellen, um die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland zu verlängern. Dies hat ihrer Autorität geschadet. Die steigenden Kriegsausgaben werden die künftigen Haushalte der Union belasten. Es sind also die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten, die dafür zahlen müssen, und zwar auf Kosten von Diensten, die ihnen zustehen. Die Bevölkerung beginnt, sich zu sorgen, und bringt ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck, indem sie sich verstärkt den Parteien zuwendet, die die größte Skepsis gegenüber der EU zeigen.

Aus diesem Grund sage ich voraus, und dazu braucht es nicht viel, dass die Union auf eine existenzielle Bewährungsprobe zusteuert. Es ist bereits sehr spät, um den Respekt für die Organe wiederherzustellen, die mit so viel Mühe aufgebaut wurden. Andere Alternativen gibt es jedoch nicht.

Michel Pinton

Fraktionslos, Frankreich (1993-1994)

Frieden und Krieg, von Enrique Barón Crespo

Das kürzlich erschienene Buch „Paz y guerra“ (Frieden und Krieg) von Enrique Barón Crespo handelt von seiner intensiven und vielseitigen institutionellen, politischen, beruflichen, sozialen und kulturellen Tätigkeit. Inspiriert von Tolstois Klassiker nennt der Autor den Frieden als treibenden Faktor seines Handelns während einer für Europa und die Welt bedeutenden historischen Zeitspanne. Er präsentiert einen außergewöhnlichen Bericht über seine zahlreichen Begegnungen in der ehemaligen Sowjetunion, an dessen Stelle inzwischen Russland mit seinem Großmachtstreben getreten ist. Bis ins kleinste Detail beschreibt Barón Crespo die Orte, Tagungen, Versammlungen und besonderen Situationen, die er als Minister und einer der Gründungsväter der spanischen Demokratie sowie als Abgeordneter und Präsident des Europäischen Parlaments im Zuge seiner institutionellen Reisen und politischen Missionen erlebte.

Besonders interessant ist seine Analyse des Zeitraums, in dem die Jugendlichen in Spanien durch den Kalten Krieg dazu verleitet wurden, der kommunistischen Partei beizutreten, weil sie dies für die wirksamste und revolutionärste Maßnahme hielten.

Ebenso spannend liest sich seine Beschreibung des Treffens im Kreml mit Heidar Alijew, der rechten Hand von Juri Andropow und ebenfalls aus den Reihen des KGB, das während seiner ersten Reise in die UdSSR im Jahr 1983 stattfand. Barón Crespo war in seiner damaligen Rolle als Minister für Verkehr, Kommunikation und Tourismus vor Ort, um ein Handelsabkommen zur Öffnung des Landverkehrs zwischen den beiden Ländern sowie der Öffnung der spanischen Häfen für die sowjetische Handelsflotte abzuschließen.

Die strategische Bedeutung dieses Abkommens führte dem Autor das ungebrochene historisch-geografische Bestreben Russlands vor Augen, eine Seemacht zu werden, Zugang zu den Weltmeeren zu erlangen und das abartige Gefühl der Klaustrophobie zu überwinden.

In berührenden Worten erzählt er von dem Moment, in dem er während eines Staatsbesuchs in Rom vom plötzlichen Fall der Berliner Mauer erfuhr. Damals war er amtierender Präsident des Europäischen Parlaments und gerade zu Gast bei der italienischen Regierung. Daraufhin folgte die Einladung an den damaligen Präsidenten des Europäischen Rates, François Mitterrand, und den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl, gemeinsam in Straßburg aufzutreten. So kam es auch, denn am 22. November 1989 fand eine historische Debatte statt, die es in dieser Form noch nie gegeben hatte und die für die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland stand. Der Grundstein für den Übergang von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union war damit gelegt.

Kurz darauf empfing Barón Crespo im Europäischen Parlament den Georgier Eduard Schewardnadse, damals Außenminister von Michail Gorbatschow, und Boris Jelzin, der als Präsident des Obersten Sowjet der Russischen Sowjetrepublik ein offener politischer Rivale Gorbatschows war. Es folgten Besuche neuer politischer Führungspersonen, darunter Ministerpräsident Mazowiecki aus Polen, Präsident Havel aus der Tschechoslowakei und Präsident Landsbergis aus Litauen. Barón Crespo zeigte sich besonders betroffen von der von Leonid Kutschma, dem damaligen Ministerpräsidenten der Ukraine, ausgedrückten Sorge um das Vorhandensein zahlreicher Atomwaffen auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine, die ausschließlich von Moskau kontrolliert wurden.

Faszinierend ist auch die Beschreibung des Treffens mit Gorbatschow im Kreml, den der Autor im Gegensatz zu anderen führenden Politikern, die er kennengelernt hat, als herzlichen Menschen beschreibt.

Er berichtet über seine Bemühungen als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Parlament bei dem frustrierenden Versuch, die Kriege in der Balkanregion nach dem Zerfall von Jugoslawien zu beenden.

Schließlich regt der Autor in seinen Ausführungen zum Nachdenken an, indem er darauf hinweist, dass Putin versuche, zu einem Europa der Staatenbündnisse zurückzukehren – mit dem größtenwahnsinnigen Anspruch, Zar Alexander I. nachzueifern, wie dieser beim Wiener Kongress von 1814 aufgetreten ist. Nach dem gleichen Denkmuster hat Russland mit seinem Hegemonialanspruch die Ukraine überfallen. Das bedeutet, dass noch viel getan werden muss, um den Frieden zu erreichen, wie sie sich ihn die Gründer des europäischen Aufbauwerks herbeigesehnt haben. In diesem Zusammenhang kommt den einleitenden Worten von Barón Crespo in seinem Buch eine besondere Bedeutung zu: „Frieden zu schaffen ist eine Aufgabe für Weber, die Willenskraft, Geschick und Hartnäckigkeit erfordert“.

Monica Baldi

EVP, Italien (1994-1999)

Vizepräsident der FMA

Wie können Parlamente als Plattformen für die globale Zusammenarbeit im Dienste des Gemeinwohls fungieren?

Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments schloss das Jahr 2025 mit einer Reihe von Veranstaltungen im Europäischen Parlament in Brüssel ab. Bei allen Veranstaltungen zeichnete sich ein gemeinsamer roter Faden ab, nämlich die parlamentarische Diplomatie.

Im Gegensatz zu der herkömmlichen Diplomatie werden bei der parlamentarischen Diplomatie die gewählten Vertreterinnen und Vertreter unmittelbar eingebunden, die sich darum bemühen, zu internationalen Beziehungen beizutragen, bi- und multilaterale Abkommen zu fördern und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Die Mitglieder von Parlamenten und insbesondere jene des Europäischen Parlaments spielen eine Schlüsselrolle bei der Förderung des interinstitutionellen Dialogs sowie der Stärkung des Multilateralismus und setzen sich gleichzeitig für Frieden, Menschenrechte, Klimaschutz und internationale Zusammenarbeit ein. Durch ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten bringen sie eine vielseitige, breitgefächerte Sichtweise ein, mit der die Legitimität und die Wirksamkeit des auswärtigen Handelns der EU erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund sollte auch die Rolle hervorgehoben werden, die ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments nach dem Ausscheiden aus dem Amt weiterhin für die parlamentarische Diplomatie spielen können. Die während ihrer Amtszeit gesammelten Erfahrungen, die von ihnen aufgebauten Netzwerke und ihr tiefgreifendes Verständnis für die interne Arbeitsweise der EU verschaffen ihnen eine privilegierte Sichtweise und versetzen sie weiter in die Lage, zu internationalen Angelegenheiten beizutragen. Ehemalige Abgeordnete können dank ihrer Fähigkeit, einen Konsens zwischen verschiedenen politischen Empfindlichkeiten und Mitgliedstaaten zu erzielen, als Mediatoren, Berater oder Moderatoren in Dialogen oder Prozessen zur Konfliktlösung fungieren. So können sie nach wie vor einen bedeutenden Beitrag leisten, indem sie die Rolle der EU bei der Gestaltung einer gerechteren, friedlicheren und kooperativeren internationalen Ordnung stärken.

Unsere Rednerinnen und Redner veranschaulichten diese Tatsache eindrucksvoll und zeigten anhand ihrer institutionellen und persönlichen Erfahrungen auf, wie mithilfe von parlamentarischen Maßnahmen auf aktuelle geopolitische Herausforderungen eingegangen werden kann.

Wir begannen am 9. Dezember mit dem jährlichen Cocktailempfang und Abendessen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Christel Schaldemose, eröffnete den Abend. Darauf folgte eine Ansprache des stellvertretenden Leiters der Mission der Ukraine bei der Europäischen Union, Serhij Tereschko, dessen Worte uns an die sehr realen menschlichen und politischen Herausforderungen erinnerten, die unseren Gesprächen zugrunde liegen. Den Höhepunkt des Abends bildete eine Grundsatzrede von Pat Cox, dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der klar und eindringlich über die Verantwortung Europas gegenüber der Ukraine sprach. Er stellte fest, dass tausende Menschen Verletzungen erlitten oder ihr Leben verloren haben, um die Demokratie in der Ukraine zu bewahren. Es würde ihr Andenken nicht ehren, wenn es uns nicht gelinge, diese Demokratie auf den vorhersehbaren Angriff vorzubereiten, mit dem an den Wahlurnen das erreicht werden soll, was innerhalb von elf Jahren Krieg auf

dem Schlachtfeld nicht geschafft wurde. Werner Schmitt, Präsident des Ukrainian Culture Network (Ukrainisches Netzwerk für Kultur), verlieh der Diskussion eine zutiefst menschliche Dimension, indem er hervorhob, wie Kunst und Kultur in der Ukraine angesichts der Unterdrückung zu tragenden Säulen der Resilienz, Identität und internationalen Anerkennung wurden.

Am 10. Dezember widmeten wir uns im Rahmen der Veranstaltung „Librorum“ dem demokratischen Bewusstsein und der institutionellen Entwicklung. Im Zuge dessen wurde das Buch „Ten Elections: A History of the European Parliament at the Ballot Box (1979-2024)“ (Zehn Wahlen: Eine Geschichte des Europäischen Parlaments an der Wahlurne (1979-2024)) vorgestellt. Die Gesprächsrunde wurde von Martí Grau, Direktor des Jean-Monnet-Hauses, eingeleitet und brachte ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen, die zu dem Buch beigetragen haben – darunter Enrique Barón Crespo (ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments), Richard Corbett, Danuta Hübner und Domènec Ruiz Devesa. Mit ihren Überlegungen, die sich auf persönliche Erfahrungen stützen, zeigten sie auf, wie die vorherigen Wahlen die Legitimität, Autorität und Handlungsfähigkeit des Parlaments geprägt haben und erinnerten uns daran, wie weit das Europäische Parlament bereits gekommen ist und wie wichtig die demokratische Teilhabe auch für seine Zukunft bleiben wird.

Diese Überlegungen flossen in unser jährliches Seminar zur Rolle der EU-Organen und der parlamentarischen Diplomatie in einer Welt im Wandel mit ein. Ana Palacio, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments und ehemalige Außenministerin Spaniens, warnte davor, dass Europa vor einem Jahrzehnt steht, in dem es in beispielloser Weise auf die Probe gestellt werden wird. Sie hob die unverzichtbare Rolle des Europäischen Parlaments hervor und forderte es dazu auf, sich mit den Schwachstellen der Union zu befassen, Zurückhaltung in Zeiten der Eskalation zu üben, für interne Kohärenz zu sorgen und mit strategischem Ernst zu handeln.

Weitere Rednerinnen und Redner bekräftigten dieses Verantwortungsbewusstsein. Die erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Sabine Verheyen, sprach über die Notwendigkeit, alle verfügbaren Ressourcen für den Kampf für Frieden, Freiheit, Wohlstand und Vielfalt zu mobilisieren. Georgi Pirinski, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments sowie ehemaliger Vorsitzender der Nationalversammlung und ehemaliger Außenminister Bulgariens, stellte Überlegungen zu dem einzigartigen und fest etablierten Netzwerk des Europäischen Parlaments für parlamentarische Diplomatie an. Er hob hervor, wie wichtig es sei, den parlamentarischen Auftrag zur Integration von demokratischen Werten, Menschenrechten und modernen Sicherheitsgarantien zu erneuern. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts, Stefan Dobrev, erinnerte daran, dass parlamentarische Maßnahmen im aktuellen geopolitischen Umfeld dazu beitragen müssen, dass das Wissen Europas in Innovationen umgesetzt wird, denn davon hängen der Wohlstand und die Werte ab.

Das intensive und bereichernde Programm endete mit einem geselligen Mittagessen, bei dem das Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden konnte, das für den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments so prägend ist. Die Veranstaltungen haben erneut gezeigt, warum unser Verein so wichtig ist. Gegründet auf Erfahrungen und Erinnerungen, aber mit einem festen Blick in die Zukunft, hält der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments nach wie vor an seiner Verpflichtung fest, die parlamentarische Demokratie zu stärken.

Im Jahr 2026 – dem Jahr, in dem der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments sein 25-jähriges Bestehen feiert – bekräftigen wir einmal mehr unser Engagement für Europa.

Teresa Riera

Spain, Spanien (2004-2014)

Ehrensekretärin des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments

Wichtige politische und wirtschaftliche Herausforderungen für die Europäische Union

Wir leben in einer Zeit, in der die Welt im Wandel begriffen ist. Zwar wissen wir, dass nichts „so beständig wie der Wandel [ist]“, dennoch vollzieht sich dieser heutzutage schneller denn je. Die wesentlichen Veränderungen spiegeln sich in den wichtigsten Herausforderungen wider, vor denen wir stehen.

Die sicherheitspolitische Herausforderung wird durch die kriminelle Invasion Russlands in der Ukraine deutlich. Russland wird von Nordkorea, dem Iran und China unterstützt, während die Ukraine von mehr als 50 demokratischen Ländern unterstützt wird. Es bedeutet, dass der Krieg zwischen autokratischen Regimen gegen die Demokratie und unsere Zukunft in der EU vom Ergebnis dieses Krieges und von der Fähigkeit abhängen wird, die Freiheit in Europa zu schützen.

Die informationstechnische Revolution geht mit einer Flut von Informationen einher, die uns dazu zwingt zu unterscheiden, was wichtig und was falsch ist. Daten werden in der Wirtschaft eine maßgebliche Rolle spielen – ähnlich wie dies im 19. Jahrhundert bei der Elektrizität der Fall war. Der Einsatz künstlicher Intelligenz wird sich ebenfalls erheblich auf unsere Weiterentwicklung auswirken.

Die ökologische Energiewende wird durch den Klimawandel vorangetrieben, wobei Europa politisch eine führende Stellung einnimmt und sich bedeutende Veränderungen bei Technologien und Energiequellen anbahnen. Wir konnten das Hindernis, mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen als aus fossilen Brennstoffen zu erzeugen, bereits überwinden.

Die Energieversorgungssicherheit der EU bezieht sich auf die Fähigkeit der Europäischen Union, eine stabile, erschwingliche und nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten, während zugleich die Abhängigkeit von externen oder instabilen Lieferanten minimiert wird. Die Energiepreise in der EU sind höher als in den Vereinigten Staaten und Asien, weshalb ein gemeinsames Vorgehen dringend erforderlich ist. Trotz der langfristigen Euromena-Strategie zur Diversifizierung der Energieversorgung war es doch letztendlich die russische Aggression, die die EU zum Handeln bewegte. Glücklicherweise gingen die Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland drastisch zurück, was darauf abzielte, die Finanzierung des russischen Terrorismus endlich einzustellen und sie bis 2027 – hoffentlich noch früher – auslaufen zu lassen.

Die Rolle der Kernenergie verändert sich – nicht nur im Hinblick auf eine zunehmende Akzeptanz, sondern auch in Bezug auf die künftige Nutzung kleinerer Kernreaktoren. Die Energieversorgungssicherheit der EU hat sich insbesondere seit 2022 durch eine Strategie erheblich verbessert, in deren Rahmen die Versorgung aus externen Quellen diversifiziert, die Erzeugung erneuerbarer Energieträger beschleunigt und die Gesamtnachfrage gesenkt werden sollte. Als überaus positiv wird die wachsende Unterstützung der Öffentlichkeit für die ökologische Energiewende wahrgenommen.

Der Wettbewerbsfähigkeit der EU wird auf der europäischen Agenda eine größere Bedeutung beigemessen. Sie bezieht sich auf die Fähigkeit der Europäischen Union, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Innovation, Produktivität und Wohlstand in einem globalen Kontext sicherzustellen. Der Erfolg der Wettbewerbsfähigkeit der EU ergibt ein gemischtes Bild: Zu den Fortschritten in jüngster Zeit zählen Rekordzahlen bei der Beschäftigung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger, doch das Wachstum gibt weiterhin Anlass zur Sorge, insbesondere in den Bereichen Innovation und digitale Technologien, wenn dies mit den EU-Wettbewerbern verglichen wird. Die EU verfügt zwar über einen soliden Binnenmarkt und etablierte Handelsbeziehungen, steht jedoch vor Herausforderungen, wenn es darum geht, die Innovationslücke zu schließen, den Verwaltungsaufwand zu verringern, für die Stabilität der Energiepreise zu sorgen und schließlich den Binnenmarkt zu vollenden.

Die Erweiterungspolitik der EU ist eines ihrer wirkmächtigsten Instrumente. Die Erfahrungen der EU im Verlauf der Geschichte zeigen wichtige positive Erfahrungen mit der Ausweitung des Wohlstands, der Konsolidierung der Demokratie und der Sicherung von Stabilität in der gesamten Union, die zu einem stärkeren geopolitischen Akteur wurde. Die EU sollte mit der Erweiterung auf der Grundlage gemeinsamer Werte und der Erfüllung aller Kriterien fortfahren.

Die Welt verändert sich schneller denn je, und wir müssen flexibler sein. Die Antwort ist europäische Zusammenarbeit, und wir werden gestärkt aus allen Krisen hervorgehen. Wenn wir uns vermehrt auf Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren, können wir das Leben unserer Bürger vereinfachen und verbessern.

Ivan Štefanec

EVP, Slowakei (2014-2024)

Regulierung des digitalen Raums in Europa: Auf der Suche nach dem digitalen Humanismuspsychologische Unterstützung, die auf die Bedürfnisse junger Menschen abgestimmt ist

Am 13. Dezember 2025 hielt ich vor Studierenden der Universität Setsunan einen Vortrag über die Regulierung des digitalen Raums in Europa. Dabei war mein Ziel, den kompletten umfassenden Verlauf vom Beginn in der vorherigen Wahlperiode bis heute nachzuzeichnen, indem ich Ziele aufzeige, auf Erfolge eingehe und die nähere Zukunft ins Auge fasse (sowie Überlegungen über die Rolle der EU in der Welt anstelle).

In der vorherigen Wahlperiode wurde immer deutlicher, dass für Europa ein entscheidender Moment in seiner digitalen Entwicklung gekommen ist. Der digitale Wandel war kein sektorbezogenes Thema mehr, sondern vielmehr eine strukturelle Problemstellung, die die Produktivität, öffentliche Dienste, das demokratische Leben und die Position Europas in der Welt beeinflusst.

Zu den strategischen Prioritäten zählte die Schaffung eines umfassenden Regelungsrahmens zur Steuerung der Digitalisierung im Einklang mit den europäischen Grundsätzen und Werten.

Prägend für diesen Rahmen war eine grundlegende politische Entscheidung: einen wahren europäischen digitalen Binnenmarkt zu errichten – und zwar durch unmittelbar anwendbare Verordnungen, sodass den Mitgliedstaaten nur in eingeschränktem Maße Ermessensspielraum bleibt. Das Ziel war klar: gleiche Rechte und Pflichten für Bürgerinnen und Bürger sowie Betreiber überall in der EU und einheitliche Regeln für alle Unternehmen, die in der EU tätig sein wollen, unabhängig davon, wo sie niedergelassen sind.

Daraus ging ein Regulierungspaket für den digitalen Raum hervor, das seinesgleichen sucht. Das Gesetz über digitale Märkte und das Gesetz über digitale Dienste setzten der jahrzehntelangen Deregulierung ein Ende, indem für Transparenz, Rechenschaftspflicht und angemessene Verpflichtungen auf digitalen Plattformen gesorgt wurde. Außerdem wurden strengere Regeln für die wichtigsten Gatekeeper eingeführt. Ziel der Datenverordnung und der Verordnung über europäische Daten-Governance ist, Europas Wirtschaft für nichtpersonenbezogene Daten zu erschließen, wieder für ein Machtgleichgewicht beim Datenaustausch zu sorgen und die industrielle Digitalisierung zu fördern, dabei aber Anwender, Geschäftsgeheimnisse und öffentliche Interessen zu schützen. Zusätzliche Instrumente – z. B. der Europäische Gesundheitsdatenraum, die Cyberresilienz-Verordnung und das europäische Chip-Gesetz – stärken die Sicherheit, das Vertrauen und die strategische Autonomie.

Herzstück dieser Struktur ist die Verordnung über künstliche Intelligenz, die weitreichendste Regulierungsmaßnahme, die die EU im digitalen Bereich jemals getroffen hat. Mit der Verordnung über künstliche Intelligenz werden einheitliche risikobasierte Bestimmungen festgelegt, Praktiken verboten, die mit unseren demokratischen Werten unvereinbar sind, strenge Anforderungen in Bezug auf Verwendungszwecke mit hohem Risiko auferlegt und konkrete Pflichten in Bezug auf Transparenz und Systemrisiken für allgemeine und generative KI eingeführt.

Letztlich zeigt sich in der Strategie Europas für den digitalen Raum eine klare Überzeugung: Technologie muss der Menschenwürde, der Demokratie und der Gerechtigkeit dienen. Wenn entsprechende Grundsätze gelten, kann Innovation für mehr Freiheit sorgen und so das europäische Aufbauwerk selbst stärken.

Nach meiner Präsentation ergriffen zahlreiche Studierende das Wort. Interessant (aber für mich nicht überraschend) ist, dass mir trotz der kulturellen Distanz genau dieselben wesentlichen Dilemmata dargelegt wurden wie diejenigen, vor denen offene und demokratische Gesellschaften stehen:

- Wie lassen sich Innovation und technologischer Fortschritt mit der Verteidigung der Grundrechte und gemeinsamen Werte vereinbar machen?
- Es herrscht Besorgnis über die Allmacht großer multinationaler Technologiekonzerne und ihren Einfluss auf die Aufsichtsorgane.
- Wie kann man die Erstellungs-/Urheberrechte gegen Massenanwendung ohne Genehmigung oder Entschädigung bei der Schulung generativer KI-Modelle verteidigen?

Iban Garcia del Blanco
S&D, Spanien (2019-2024)

Was fördert den Prozess der Integration in die EU: Krisenbewältigung, Spillover-Prozesse oder beides? Erkundung an der Universität Löwen

Am 15./16. Dezember 2025 nahm ich im Rahmen des Programms „EP to Campus“ an einer Veranstaltungsreihe an der Universität Löwen teil.

Am ersten Tag durfte ich vormittags einen Vortrag über das Thema „Europäische Krisen und die Zukunft der EU“ halten und eine Diskussion darüber mit mehr als 100 Studierenden leiten, die den Joint Bachelor in European Studies (BAES) ablegen möchten. An diesem interessanten neuen Studiengang beteiligen sich zehn Universitäten aus ganz Europa (Löwen, Bologna, Edinburgh, Madrid, Paris-Sorbonne, Krakau, Leiden, Dublin, Zürich und Helsinki). Die Studierenden verbringen einen Teil ihres Studiums an mindestens zwei dieser Universitäten, um ihre Erfahrungen mit Europa zu erweitern und aus verschiedenen Blickweisen zu lernen.

Bei Workshops mit Prof. Kolja Raube und Dr. Franziska Petri tauchten wir am Nachmittag weiter in dieses Thema ein. Entwickelt sich die EU durch ihre Reaktion auf Krisen weiter, oder entwickelt sie sich durch längerfristige Tendenzen und Spillover, indem ein Aspekt der Integration einen weiteren Schritt auslöst?

Für beides lassen sich problemlos Beispiele nennen: Zu den aktuellen Beispielen für ersteres zählen die Schuldenkrise von 2009-2011, die Anlass zur Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus war, die COVID-Krise mit der Einrichtung des Aufbauinstruments der EU für die Wirtschaft NGEU und der Einmarsch Russlands in die Ukraine, der wiederum zur Gründung von SAFE führte. Andererseits entstand – ohne besondere Krisen – durch den Binnenmarkt die Notwendigkeit, gemeinsame Regeln für diesen Markt zu Themen wie Verbraucherschutz, lauterem Wettbewerb und Umweltschutz zu formulieren, und es baute sich Druck auf, eine einheitliche Währung anzunehmen. Die Zollunion implizierte, dass als finanzielle Einheit über Handelsabkommen verhandelt werden musste – mit all ihren Auswirkungen auf die Politik und die Außenpolitik.

Einiges geschah jedoch auch ohne vorherige Krise oder Spillover. Denken wir nur an die Programme Erasmus und Horizont Europa: Sie entsprangen schlicht und ergreifend der Gewohnheit, zusammenzuarbeiten und den EU-Rahmen für neue Bereiche zu nutzen, in denen die Mitgliedstaaten Vorteile bei einer Zusammenarbeit sahen.

Am zweiten Tag traf ich mich mit Forschenden der Forschungsgruppe Leuven International and European Studies (LINES) und hatte ein Arbeitsessen mit Professoren der Universität Löwen. Dabei hatte ich jeweils Gelegenheit, mit führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über das aktuelle Geschehen und neuere Tendenzen zu sprechen. Viele von ihnen hatte ich zuvor schon einmal getroffen, oder ich hatte ihre Werke gelesen.

Schließlich half ich noch in der Jury eines Plakatwettbewerbs, der an mehreren Universitäten gleichzeitig durchgeführt worden war. Dabei sollten die BAES-Studierenden Plakate gestalten, die besondere Wegmarken in der Geschichte der EU-Integration grafisch darstellten. Zu so unterschiedlichen Themen wie der Schuman-Erklärung, dem Schengener Übereinkommen, der Erweiterung von 1995, dem Brexit oder dem Katar-Korruptionsskandal im Europäischen Parlament sollten die Studierenden Plakate mit visuellen Grafiken erarbeiten, um die philosophische, historische, politische, rechtliche und theoretische Tragweite des Ereignisses abzubilden. Eine ziemliche Herausforderung – die sie hervorragend gemeistert haben!

Richard Corbett

S&D, Vereinigtes Königreich (1996–2020)

Inspirierende internationale Studenten in Bologna

Die Universität Bologna wurde 1088 gegründet und ist damit eine der ältesten Universitäten der Welt. Mit über 100 000 Studenten zählt sie auch zu den größten Hochschulen in Europa. Seit meinem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament im Jahr 2009 bin ich als Gastprofessor am Royal Holloway College der Universität London in die Lehre zurückgekehrt.

Gemeinsam mit acht anderen Bildungseinrichtungen bietet die Bologna-Universität einen Bachelor of Arts in Europastudien (BAES) an, und im Rahmen dieses Studiengangs wurde ich eingeladen, an ihrer zweitägigen Veranstaltung vor Weihnachten mit dem Titel „Die EU: aktuelle globale und internationale Herausforderungen“ teilzunehmen. Die Studenten kommen aus der ganzen Welt, vor allem aber aus Europa, wobei die Unterrichtssprache Englisch ist.

In meinem ersten Vortrag ging es um die Herausforderungen, mit denen die Europäische Union derzeit sowohl intern als auch extern konfrontiert ist. Migration und Jugendarbeitslosigkeit waren zwei interne Problembereiche, die ich hervorgehoben habe, während es vier Personen gibt, die die EU von außen herausfordern; Wladimir Putin, Benjamin Netanjahu, Xi Jinping und Donald Trump.

Ich erntete viel Verständnis dafür, dass Russlands grundloser Überfall auf die Ukraine zu der Verunsicherung der EU beigetragen hat. Es ist nach wie vor schwierig, eine einfache und dauerhafte Lösung zu finden, solange Putin an der Macht ist. In ganz Europa gibt es viel Bekundungen der Solidarität mit Palästina, und auch wenn niemand die brutalen Anschläge der Hamas vom 7. Oktober 2023 billigen kann, haben die beispiellosen militärischen Vergeltungsmaßnahmen von Benjamin Netanjahu den Gazastreifen fast vollständig zerstört und mehr als 100 000 Palästinensern das Leben gekostet. Meine Antwort darauf war, dass es möglich ist, ein vehementer Unterstützer des Staates Israel und gleichzeitig ein entschiedener Gegner der amtierenden israelischen Regierung zu sein.

China stellt eine andere Art von Herausforderung für die Globalisierung dar, mit ihrer stetig wachsenden Volkswirtschaft, die jedoch außerhalb vieler der anerkannten Normen und Verfahrensweisen der EU operiert, wobei wir bei vielen Waren und Dienstleistungen, die für uns selbstverständlich sind, heute in einer Weise von China abhängig sind, wie es eine Generation früher noch nicht der Fall war.

Im Mittelpunkt der zweiten Sitzung standen die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU nach dem Brexit. Ich glaube, dass das britische Volk durch das Referendum von 2016 hintergangen bzw. in die Irre geführt wurde. „Lasst uns wieder die Kontrolle übernehmen“ war eine erfolgreiche Parole von Nigel Farage, Boris Johnson und ihrer Brexitkampagne, auf die die proeuropäischen Briten nicht angemessen reagiert haben.

Nach einer Vielzahl scharfsinniger Fragen half ich bei der Bewertung einer Plakatkampagne, die eine der Aufgaben der Studenten war und der sie in kleinen Gruppen offenkundig viel Zeit und Mühe gewidmet hatten.

Professor Carmelo Danisi und seine Kollegen erwiesen sich als perfekte Gastgeber, deren Charme und Gastfreundschaft beispiellos waren. Bologna ist eine faszinierende Stadt, in der ich sehr gerne länger verweilt hätte. Ich erinnere mich noch an den Besuch des inzwischen verstorbenen MdEP Renzo Imbeni vor vielen Jahren, der Bürgermeister dieser großartigen Stadt war. Renzo wäre auf die heutigen Studenten sehr stolz, die unglaublich gut informiert waren, intelligente Fragen gestellt und die gesamte Veranstaltung zu einer äußerst anregenden Erfahrung für alle gemacht haben.

Robert Evans

SPE, Vereinigtes Königreich (1994–2009)

Dienstreise nach Straßburg: Aus der Sicht einer Schuman-Praktikantin

Kurz vor dem Ende meines Schuman-Praktikums beim Europäischen Parlament hatte ich im Januar 2026 die Möglichkeit einer Dienstreise nach Straßburg, um die Plenartagung selbst mitzuerleben. Es war das erste Mal, dass ich die altehrwürdige Stadt besuchte habe, und ich verstand schnell, warum der offizielle Sitz des Europäischen Parlaments dort, genau an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland, liegt. Straßburg ist ein lebendiges Symbol der europäischen Aussöhnung und Einheit. Der Charme der Stadt, geprägt durch die Fachwerkhäuser, und die elsässische Küche, von Flammkuchen bis hin zu Brezeln mit Speck, haben die Erfahrung für mich umso unvergesslicher gemacht.

Das Gebäude des Europäischen Parlaments allein sagt bereits viel über die Werte aus, die es repräsentiert. Seine zwei Flügel werden durch mehrere Brücken unterschiedlicher Bauweise verbunden; es wurden dort also gewissermaßen buchstäblich Brücken geschlagen. Die Form des Gebäudes, die dem Kolosseum ähnelt, und dessen unfertiges Dach erinnern uns daran, dass die EU für den Austausch geschaffen wurde, stets offen für Verbesserungen ist und nie ganz „fertiggestellt“ werden kann. In der heutigen komplexen geopolitischen Landschaft hat diese Symbolik eine tiefgreifende Bedeutung: Die Stärke der EU liegt in ihrer Einheit, ihrem Einsatz für Demokratie und ihrer Bereitschaft, sich für das Richtige einzusetzen.

Während der Plenartagung wurden mehrere wichtige Themen besprochen. Neben der territorialen Unversehrtheit Grönlands wurde auch der 40. Jahrestag des Beitritts Spaniens und Portugals zur EU thematisiert. Es war inspirierend, mitzuerleben, wie König Felipe VI. von Spanien und der Präsident von Portugal, Marcelo Rebelo de Sousa, vor den Mitgliedern des Europäischen Parlaments sprachen und dabei die transformative Kraft der europäischen Integration hervorhoben. Wie Parlamentspräsidentin Roberta Metsola betonte, entwickelt Europa sich ständig weiter... gemeinsam schaffen wir eine Union, die bereit für die nächsten 40 Jahre ist. Weitere Höhepunkte waren die Gespräche über den Mercosur und die Vorstellung der vorrangigen Ziele Zyperns für seine bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft.

Die Einblicke, die ich in Straßburg und während der Plenarsitzung gewinnen konnte, haben mein Verständnis davon, wie Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden, vertieft und mir wieder bewusst gemacht, warum ich diese Institution so sehr schätze. Für mich persönlich, die sowohl Staatsbürgerin von Belgien als auch von Frankreich ist, hat das Wirken der EU eine noch größere Bedeutung, denn meine beiden Heimatländer wurden dadurch näher zusammengebracht und die Zusammenarbeit greifbar gemacht, da sie sich auf das tägliche Leben auswirkt.

Während meines Schuman-Praktikums bei der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments (FMA) hatte ich zudem die Gelegenheit, einen Beitrag zu den Kommunikations- und Öffentlichkeitsaktivitäten der Vereinigung zu leisten. Durch die Arbeit an redaktionellen und digitalen Inhalten für Publikationen wie das FMA-Bulletin und die Unterstützung der Sichtbarkeit von Initiativen wie dem Programm „EP to Campus“ konnte ich mich für das übergeordnete Ziel der FMA engagieren, ehemalige Mitglieder mit dem europäischen öffentlichen Leben in Verbindung zu halten und gleichzeitig den Dialog über das europäische Projekt mit Universitäten und jüngeren Generationen zu fördern.

Die Verfolgung der Arbeit des Parlaments während meines Praktikums, sowohl durch Kommunikationsaktivitäten als auch durch von der FMA organisierte Initiativen, vermittelte mir ein tieferes Verständnis für die Kontinuität zwischen der parlamentarischen Arbeit der Vergangenheit und der Gegenwart. Die Teilnahme an der Plenarsitzung in Straßburg fühlte sich daher wie eine natürliche Erweiterung dieses Praktikums an, die das institutionelle Leben des Parlaments mit dem Erbe und dem anhaltenden Engagement seiner ehemaligen Mitglieder verband, *Belgier usw. zu sein, aber zugleich auch stolz darauf sind, Europäer zu sein.*

Camille Horemans

Praktikantin bei der FMA (September 2025 – Februar 2026)

FOCUS: DIE EUROPÄISCHE UNION ALS GLOBALER AKTEUR

Nach mehreren Jahrhunderten, in denen Europa eine wichtige Rolle auf der Weltbühne spielte (in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eher in wirtschaftlicher denn in politischer Hinsicht, da der sog. Kalte Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Vordergrund stand), wird sich im 21. Jahrhundert mit dem Aufkommen neuer Mächte eine gänzlich andere Welt vor unseren Augen auftun. Vom wirtschaftlichen Standpunkt her bleibt von der Triade Vereinigte Staaten – Europa – Japan angesichts des enormen Wachstums einiger Länder wie China (oder beispielsweise auch Indien) nicht viel übrig.

Angesichts der Konkurrenz durch diese und andere Länder, die in denselben Branchen zunehmend miteinander im Wettbewerb stehen, kann man die Ängste von Ländern wie den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern nachvollziehen, die höhere Löhne aufweisen und über ein anspruchsvolles Sozialmodell verfügen; man könnte zu dem Schluss gelangen, dass der Weg in den Protektionismus vorgezeichnet wäre (wenn eine Aufgabe unseres politischen und sozialen Modells nicht in Betracht kommen soll), weil sich der Wettbewerb mit von außen eingeführten Waren auf diese Weise vermeiden ließe (wie es auch von Präsident Trump praktiziert wurde und von einigen europäischen Politikern verfochten wird).

Dies ist jedoch nicht die Haltung der Europäischen Union, die weiterhin (mit Ausnahme des – inzwischen bereits abgeschwächten – Protektionismus im Rahmen der GAP) eine Linie der Offenheit verfolgt. Dementsprechend wendet sie niedrige durchschnittliche Zollsätze an, wobei viele Produkte überhaupt nicht besteuert werden, und setzt sich für eine Politik der Offenheit ein, die in den veröffentlichten Dokumenten, insbesondere in der Strategie Europa 2020 aus dem Jahr 2010, und auch noch aktuell in den Dokumenten der beiden letzten Jahre verfochten wird.

Es muss deutlich betont werden, dass der Weg, den wir einschlagen müssen, in erster Linie in der Erweiterung und in der Vertiefung des Binnenmarktes liegt, worauf auch schon im Letta-Bericht mit dem Titel „Much more than a Market“ (Viel mehr als ein Markt) aus dem Jahr 2014 hingewiesen wurde. Dies ist ein Weg, der offensichtlich in erster Linie auf die Interessen der Bürger und die Tätigkeit der Union zugeschnitten ist, der aber auch Außenstehenden zugutekommt, die sich in einem so bedeutenden Wirtschaftsraum frei bewegen und an gemeinsame technische Anforderungen halten können. Und durch den Euro, eine einheitliche Währung in zwanzig Ländern, werden die Dinge auch für Menschen außerhalb des Euro-Währungsgebiets um vieles einfacher.

Es handelt sich um Schritte, die außerhalb eines institutionellen Rahmens wie der Europäischen Union, in der die Länder vereint sind, nicht möglich wären. Und es werden auch Räume der Integration benötigt, um finanziell anspruchsvolle und risikobehaftete Initiativen zu ergreifen (der Erfolg des Airbus-Projekts ist hier ein hervorragendes Beispiel) oder um einen verstärkten sozialen und territorialen Zusammenhalt zu fördern; auch in diesen Fällen können andere Regionen der Welt Nutzen davon ziehen, sodass sich deren Möglichkeiten verbessern.

Da die Europäische Union in dieser Hinsicht erfolgreich ist und überaus positive Wirtschaftsergebnisse erzielt, stellt dies einen Anreiz dar, dass sich mehr Märkte öffnen und dass Räume der Integration auch in anderen Regionen der Welt geschaffen und vertieft werden, was für deren Bürger und die jeweiligen Wirtschaftstätigkeiten von Vorteil wäre. Das wiederum würde auch der Europäischen Union neue Chancen zur Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten eröffnen.

Zu Beginn des zweiten Viertels des 21. Jahrhunderts stehen wir jedoch weiterhin vor zwei großen Herausforderungen, die es anzugehen gilt.

Eine davon ist die Herausforderung in den Bereichen Forschung und technologische Innovation. In der Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 wurde das Ziel formuliert, die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“, der zudem umweltfreundlich ist. Und im Jahr 2010 wurde in der Strategie „Europa 2020“ auf die Notwendigkeit eines „intelligenten Wachstums“ hingewiesen, nämlich einer „auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft“. Nur so wird es möglich sein, mit Ländern im Wettbewerb zu stehen, in denen die Löhne niedriger sind, die jedoch über viel Kapital verfügen und unweit starker Märkte liegen.

Aber diesbezüglich gibt es viel zu tun, denn im Draghi-Bericht mit dem Titel „The future of European competitiveness“ (Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit) aus dem Jahr 2024 wird auf den Rückstand gegenüber den Vereinigten Staaten und China im Bereich der Innovation hingewiesen.

Und die jüngsten weltpolitischen Entwicklungen mit den territorialen Ambitionen der Großmächte haben gezeigt, dass es notwendig ist, das politische Gewicht Europas (insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung) zu stärken. Dabei handelt es sich um einen Bereich, in dem sich die Europäische Union zunehmend auf sich selbst verlassen muss, wie dies auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident António Costa auf der Tagung des Europäischen Parlaments am 21. Januar 2026 in Straßburg verdeutlicht haben.

Die Europäische Union steht vor schwierigen Herausforderungen. Sie ist jedoch als wichtiger globaler Akteur in der Lage, darauf im eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Welt eine Antwort zu geben.

Manuel Porto

ELDR, EVP, Portugal (1994–1996 / 1996–1999)

FOCUS: Die Bedeutung der Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union – Eine Perspektive aus Washington

Die Europäische Union war noch nie so wichtig wie heute. Falls es daran noch Zweifel gegeben haben sollte, haben das Weltwirtschaftsforum in Davos 2026 und die darauf folgenden Ereignisse diese Tatsache deutlicher denn je gemacht. Das diesjährige Forum – an dem fast 3 000 einflussreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen teilnahmen – war eine der hochrangigsten Zusammenkünfte in seiner 56-jährigen Geschichte. Der Schwerpunkt lag auf einem „Geist des Dialogs“. Am besten charakterisieren lässt sich die Veranstaltung jedoch wahrscheinlich anhand zweier Reden, in denen die Herausforderungen dargelegt wurden, vor denen die freie Welt steht – zweier Reden, die gegensätzlicher nicht sein könnten.

Präsident Donald Trump lehnte die Nachkriegsordnung unverblümt ab, stellte fälschlicherweise die Souveränität Grönlands in Frage und sprach unserem NATO-Bündnis die Bedeutung ab. Er verwechselte Grönland mit Island, hatte zuvor mit mehr Zöllen gedroht und brachte erneut seine altbekannte Argumentation vor, warum Grönland den USA gehören sollte. Er tat dies jedoch ohne die Unterstützung des amerikanischen Volkes oder des Kongresses, was im Vorfeld seiner Rede zu Chaos jenseits des Atlantiks führte und die US-Märkte einbrechen ließ. Das ist ein Beweis dafür, dass es Frieden und Wohlstand – sowohl im Inland als auch im Ausland – äußerst abträglich ist, wenn man Isolationismus betreibt und seine Verbündeten drangsaliert.

Vor seiner Ankunft hatte der kanadische Premierminister Mark Carney eine bedeutungsvolle Rede gehalten, in der er auf eloquente Weise von einem „Bruch“ in der Weltordnung sprach und warnend darauf hinwies, dass die regelbasierte internationale Ordnung unter der Führung der USA nunmehr der Vergangenheit angehöre. Er fordert stärkere Zusammenarbeit und stärkere Partnerschaften zwischen den Mittelstaaten: Sie sollten zusammenarbeiten, um der wirtschaftlichen Drangsalierung standzuhalten, und weiterhin im wertebasierten Rahmen der NATO agieren. Das sei eine kluge Vorgehensweise und sollte der EU einen soliden Rahmen bieten, innerhalb dessen sie auf ihren Stärken aufbauen kann. Kanada und die EU-Länder hätten bereits ihre Verteidigungsfähigkeiten ausgebaut und neue Handelsabkommen geschlossen. Außerdem betonte er den „Wert unserer Stärke“. Carney erhielt stürmischen Beifall.

Nach wochenlangen Provokationen schlug Präsident Trump in Davos schließlich gemäßigtere Töne an. Er hielt eine erratische Rede, in der er seine Drohungen gegenüber Grönland zurücknahm und weiteren Gesprächen – um sein Gesicht zu wahren – im Wesentlichen zustimmte. Als Sieger gingen an jenem Tag die Staats- und Regierungschefs der EU, Premierminister Carney, und diejenigen führenden US-Politiker hervor, die sich zu unseren Verbündeten und den Grundsätzen der NATO bekannt hatten. Darüber hinaus wurden die Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, die ohne die USA abgeschlossen wurden, in der US-Presse äußerst aufmerksam verfolgt – während gleichzeitig viele der versprochenen Handelsabkommen immer noch ausstehen. Es wird wichtig sein, dass die EU und Kanada stark und geeint auftreten, um in diesen schwierigen Zeiten Frieden und Wohlstand in der Welt zu wahren. Gezeigt hat sich dies bereits in der tatkräftigen Unterstützung der Ukraine und in der steigenden Zahl von Ländern, die in den vergangenen Jahren der NATO beigetreten sind.

Wenn die Mittelstaaten diese neu gewonnene Stärke bündeln, um das Vakuum zu füllen, das durch den Isolationismus der USA noch verschärft wird (aber hoffentlich nur vorübergehender Natur ist), könnte dies die größte Chance der Europäischen Union sein, um – wie von Premierminister Carney dargelegt – auf ihren Stärken aufzubauen. Sicherlich gibt es viele Herausforderungen, sei es in der Ukraine, im Handelsbereich oder anderswo. Außerdem bestehen in vielen Fragen weiterhin politische Differenzen zwischen den USA und der EU und anderen Verbündeten. Dennoch erkennen die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner nach wie vor an, dass die Europäische Union und Kanada seit Langem unsere standhaftesten und verlässlichsten Partner in den Bereichen Militär, Handel und diplomatische Zusammenarbeit sind – und haben kein Interesse an einem Bruch. Wir wollen als Verbündete zusammenarbeiten und uns den realen Bedrohungen stellen, mit denen die Demokratien in der Welt konfrontiert sind (insbesondere in Person von Wladimir Putin, aber auch durch Phänomene wie Terrorismus).

Seit 80 Jahren garantiert das Bündnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten Millionen Menschen auf der ganzen Welt Frieden und Wohlstand. Wir wissen, dass in der Geschichte der NATO nur ein einziges Mal der Bündnisfall nach Artikel 5 ausgerufen wurde, und zwar nach dem 11. September 2001, als europäische Truppen an der Seite ihrer amerikanischen Waffenbrüder standen. Die abfälligen Bemerkungen von Präsident Trump über diesen Einsatz sind verletzend – für uns wie auch für unsere europäischen Verbündeten.

Obwohl die Trump-Regierung und der Präsident selbst dieses Bündnis, das uns allen gute Dienste geleistet hat und weiter leistet, oftmals fahrlässig auf die Probe gestellt haben, stehen die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner und der Kongress weiter zu dem Bündnis. Als Nation sind wir weiterhin der Aufrechterhaltung und der Stärkung unserer Beziehungen zu unseren Partnern in der EU verpflichtet. US-Regierungen kommen und gehen; der Kongress jedoch – und zwar sowohl die derzeitigen als auch die ehemaligen Mitglieder – sollte von unseren europäischen Partnern als Stimme angesehen werden, die zwar nicht immer so laut spricht, wie sie sollte, die aber eine längerfristige Perspektive einnimmt.

In einer Zeit, in der auf dem Capitol Hill wenig Überparteilichkeit herrscht, ist die Wahrung der Beziehungen zwischen den USA und der EU ein seltenes Beispiel einer Zusammenarbeit von Demokraten und Republikanern. Es war unser derzeitiger Außenminister Marco Rubio, der im Jahr 2023 gemeinsam mit dem Senator von Virginia Tim Kaine parteiübergreifende Rechtsvorschriften verfasste und verabschiedete, mit denen verhindert wird, dass ein US-Präsident ohne Zustimmung des Senats oder Gesetz des Kongresses aus der NATO austreten kann.

Als die Rechtsvorschriften verabschiedet wurden, wies Senator Kaine darauf hin, dass man damit das starke Signal an autoritäre Regime in der ganzen Welt sende, dass die freie Welt weiterhin zusammensteht. Im Übrigen haben die meisten derzeitigen Senatoren deutlich gemacht, dass eine Übernahme Grönlands durch die USA absolut keine Priorität darstellt und nicht weiterverfolgt wird. Wir achten das Bündnis zwischen den USA und Dänemark und das Bündnis zwischen den USA und der EU. Einflussreiche republikanische Kongressmitglieder, z. B. der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Senats Roger Wicker (Mississippi), die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Senats Susan Collins (Maine) und das Mitglied des Verteidigungsausschusses Senator Dan Sullivan (Alaska), haben allesamt ihre Missbilligung für das derzeitige Säbelrasseln der Regierung zum Ausdruck gebracht. Senator Thom Tillis, der dem Ausschuss für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angehört, bezeichnete die

Ausführungen des Präsidenten als ein Drama, das man nicht brauche. Viele dieser Kongressmitglieder reisten nach Dänemark und Grönland, um unseren Verbündeten persönlich ihre Botschaft der Unterstützung der USA zu überbringen, und setzten so ein Zeichen.

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir trotz all der Herausforderungen, die auf uns warten, weiterhin Menschen finden, die unsere beständigen strategischen Partnerschaften, die auf unseren Stärken und unseren Werten beruhen, bewahren und fördern wollen. Europa und unsere Verbündeten werden in den Vereinigten Staaten und im US-Kongress stets Partner haben, die sich einem fruchtbaren und respektvollen Dialog verschrieben haben. In einer gefährlichen Welt steht ein isoliertes Amerika keinesfalls für Stärke – nur stärkere Verbündete bedeuten mehr Sicherheit für uns alle.

Barbara Comstock

Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Kongresses der USA

FOCUS: Die Notwendigkeit der Selbstständigkeit

Die EU, die aus dem Kohle- und Stahlsektor hervorgegangen ist, erfüllt heutzutage verschiedenste Funktionen, auch in den Bereichen der Sicherheit und der Außenpolitik. Im Zuge ihrer Entwicklung stellte sich die EU jeder neuen Herausforderung, indem sie ihre innergemeinschaftlichen Beziehungen vertiefte, wie aus den wichtigsten Verträgen hervorgeht. Heute ist die EU eine bedeutende globale Wirtschaftseinheit mit einem Anteil von etwa 13-15 % am globalen BIP und rund 15-16 % am weltweiten Handel mit Waren und Dienstleistungen. Sie stellt für die meisten Staaten einen der wichtigsten Handelspartner und Geber von Entwicklungshilfe dar, vor allem dank ihres Allgemeinen Präferenzsystems (ASP+) und ihrer Programme zur Einbindung von nichtstaatlichen Organisationen und des Bildungs- und Gesundheitswesens. Ferner hat die EU Freihandelsabkommen mit vielen Regionen wie dem Mercosur und wichtigen Staaten wie Indien abgeschlossen, auf die etwa ein Viertel des globalen BIP entfällt. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern übt die EU einen maßgeblichen Einfluss auf die Funktionsweise von globalen Finanzinstituten wie der Welthandelsorganisation oder des Internationalen Währungsfonds aus. Während andere Mächte einen Rückschritt gemacht haben, ist die EU mit einem Anteil von etwa 36 % der Gesamtsumme an humanitärer Hilfe nach wie vor der größte Geldgeber. Im Bereich des Handels und der Wirtschaft ist die EU zweifellos ein bedeutender globaler Akteur mit erheblichem Einfluss auf wirtschaftliche und entwicklungspolitische Prozesse auf der ganzen Welt sowie auf die Durchsetzung eines regelgestützten Handelssystems.

Darüber hinaus übernimmt die EU die unbestrittene Vorreiterrolle bei der Festlegung der globalen Agenda in Bezug auf den Klimaschutz und der weltweiten Finanzierung von Klimamaßnahmen, mit denen klimabezogene Projekte in Entwicklungsländern unterstützt werden. Durch die Global-Gateway-Strategie zur Förderung von Infrastrukturprojekten in bedürftigen Regionen schauen viele in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zur EU auf. Diese Projekte haben die EU zu einem treibenden Akteur bei Vorhaben von globaler Bedeutung gemacht. Dazu zählt unter anderem der multimodale Wirtschaftskorridor Indien-Naher Osten-Europa, der mit Unterstützung der EU eingerichtet wurde und als Alternative zu der Initiative Chinas „Neue Seidenstraße“, die als Schuldenfalle gilt, gesehen wird. Die Normen und Vorschriften der EU in Bezug auf Datenschutz, KI, Umwelt- und Gesundheitsstandards dienen weltweit als Vorbild. Diesbezüglich nimmt die EU nicht nur eine Vorreiterrolle ein, sondern sie ist auch eine treibende Kraft. Sie trägt darüber hinaus erheblich zur Förderung der Demokratie, der Menschenrechte und der Nachhaltigkeitsziele im Einklang mit ihrer Handelspolitik und diplomatischen Dialogen bei, wodurch ihre globale Rolle als wertebasierter normativer Akteur noch verstärkt wird. Der Ruf und die Position der EU als globaler Akteur befinden sich zweifellos im Aufschwung.

Geht es jedoch um Sicherheitsfragen, so ist die Rolle der EU umstritten, je nachdem, wer die Situation aus welchen Gründen beurteilt. Geschichtlich gesehen wurde die EU als „wirtschaftlicher Riese aber politischer Zwerg“ dargestellt. Zieht man jedoch die allgemeinen Eigenschaften eines globalen Akteurs in Betracht, der in der Lage sein muss, wirkungsvoll zu handeln, so kann die EU heute auch als globaler Akteur im strategischen Bereich betrachtet werden. In ihrer heutigen Form ist die EU eine wichtige Handlungsträgerin, die über eine eigene Schnelleingreifkapazität, eine Kommandostruktur und eine Europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich verfügt. Sie trägt erheblich zur Lösung von Konflikten bei – sei es in den Staaten des Balkans, dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika oder andernorts. Es handelt sich bei der EU allerdings nicht um eine Großmacht mit

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

uneingeschränkter militärischer Stärke, die ihre Fähigkeit zur „harten“ Machtausübung in einem klassischen bzw. realistischen Sinn zur Schau stellt, wie es bei den USA oder China der Fall ist. Stattdessen ist die EU eine nicht außer Acht zu lassende Handlungsträgerin, die in der Lage ist, den Gang der Dinge in Konfliktsituationen zu beeinflussen. Dies geschieht oft im Zuge des Einsatzes von glaubwürdigem Personal, oder durch den Ansatz der „sanften“ Macht oder der Macht von Sanktionen.

Dennoch haben interne Meinungsverschiedenheiten und die Abhängigkeit vom Verteidigungsschirm der USA die EU über lange Zeit davon abgehalten, strategische Autonomie zu erreichen und ein verlässlicher Akteur mit eigenen Streitkräften im Bereich der globalen Sicherheit zu werden. Die Auslagerung der Sicherheitspolitik in die USA, der Energieressourcen nach Russland und der Herstellung von Waren nach China hat nun ihren Preis, da unklar ist, ob die USA weiterhin Sicherheit bieten, da Russland bezüglich Gas Zwang ausübt und da China die Lieferketten unter Druck setzt. Die EU erfährt auf die harte Tour – sei es durch die Handlungen des Präsidenten der USA, Donald Trump, oder die Ukraine-Krise – wie wichtig ihre Eigenständigkeit ist, insbesondere in den Bereichen der Sicherheit und der inneren Einheit. Dies schmälert jedoch weder den Wert der EU als herausragender globaler Akteur noch ihre Bemühungen um eine regelbasierte Ordnung und liberale Werte. Die EU ist ein globaler Akteur mit eigenen Stärken, jedoch nicht auf jene Art und Weise wie dominierende Mächte wie China oder die USA, sondern mit der Fähigkeit, im Falle eines Verstoßes Ergebnisse durch wirksame und rechtmäßige Sanktionen, insbesondere wirtschaftlicher Art, zu erzielen. Ihr derzeitiges Bestreben nach einer globalen Vernetzung außerhalb der USA und Chinas zum Zweck der Unabhängigkeit und die Annäherung an gleichgesinnte Staaten wie Indien werden das Vertrauen und die strategische Autonomie der EU wahrhaft stärken und es der EU ermöglichen, ihren rechtmäßigen Platz in der Welt einzunehmen. Wenn diese Bemühungen mit einem schrittweisen Aufbau militärischer Stärke anstatt mit deren Einsatz einhergehen, ist die Rolle der EU als wichtige Weltmacht unbestreitbar.

Prof. Jayaraj Amin

Fakultät für Politikwissenschaft, Universität Mangalore

FOCUS: Europa Braucht Neue Handelsrouten

Während die erste Amtszeit von Donald Trump für Irritation sorgte, ist der Anfang seiner zweiten Amtszeit geradezu erschreckend. Grund dafür sind sowohl seine Erlasse im Bereich der Innenpolitik als auch seine weltweiten Zolltarife. Seine Entscheidungen zeugen von einer Persönlichkeit, die den Universalismus und jegliche Rationalität ablehnt, und von der Absicht, die Vorherrschaft in der Welt durch wirtschaftliche Macht und Angst, statt durch Vernunft und Recht zu erreichen.

Er verkörpert perfekt das gern herangezogene Zitat, das besagt: Weiß man, wohin er geht, weiß man nicht mehr, wo er ist, und umgekehrt; versteht man, was er will, weiß man nicht, was er tun wird, und versteht man, was er tut, fragt man sich, wohin er geht.

Er hat die Entamerikanisierung der Welt eingeleitet und man könnte sich darüber freuen, wenn man nur wüsste, wohin das führen soll.

Wie der Essayist Georges Van Heven bereits betonte, bedeutet der Name Trump im Chinesischen Geld und im Deutschen Triumph, während er im Altfranzösischen für die List steht und im Englischen in der Bibel die Posaunen bezeichnet. Alles ein Programm...

Aber sollten wir uns nicht freuen, anstatt uns zu beklagen?

Sind die Zolltarifkrise und der militärische Rückzug der Vereinigten Staaten, so brutal sie auch sind, nicht von Vorteil für Europa? Ergibt sich auf unserem Kontinent nicht gerade eine neue Chance?

Wir leben mit der Sicherheit eines amerikanischen Nuklearschirms, dessen Preis eine Dollarisierung des Markts war.

Neigt sich diese militärische, wirtschaftliche, kulturelle, technologische und digitale Unterwerfung, der wir seit 1945 unterliegen, nicht dem Ende zu, weil die USA mit einer angespannten Haushaltslage und großen wirtschaftlichen Problemen sowie sozialen und gesellschaftlichen Unruhen konfrontiert sind?

Für die Europäerinnen und Europäer ist die Erschütterung groß, aber dies muss uns die Augen öffnen und uns neuen Schwung verleihen.

Nehmen wir doch einmal China als Beispiel: Xi Jinping hat 2013 die Seidenstraßen neu geschaffen und diese „sechs Korridore“ verlaufen bis in die Türkei, nach Russland, Pakistan, Afrika und Europa.

Im Seeverkehr bekommt die Europäische Union die Folgen dessen aufgrund der Mehrheitsbeteiligungen an den Häfen von Piräus in Griechenland, Antwerpen in Belgien, Fos-sur-Mer und Le Havre in Frankreich, Valencia in Spanien und Hamburg in Deutschland zu spüren.

Über den letztgenannten Hafen werden heute 40 % des Verkehrs zwischen Europa und Asien abgewickelt. Von den 20 größten Containerhäfen weltweit liegen neun in China.

Ganz zu schweigen von der Automobil-, Pharma- und Stahlindustrie!

Ist es nicht an der Zeit, dass Europa angesichts des Protektionismus Trumps und des fatalen Würgegriffs vonseiten der USA und Chinas seinen Einflussbereich erweitert?

Neben Kanada gibt es vier weitere Regionen, die von europäischen Produkten und Investitionen profitieren könnten: Indien, Südamerika (weshalb das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur so wichtig ist), der Nahe Osten und Afrika – Handelsräume, mit denen uns langjährige Beziehungen verbinden.

Nehmen wir das Beispiel Afrika, wo 1,2 Milliarden Menschen vor den Toren Europas leben.

Im Januar 2021 wurde dort die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA) eingerichtet, mit dem Ziel bis 2036 auf dem Kontinent 90 % der Zölle auf Waren und Dienstleistungen, die zwischen den Ländern gehandelt werden, abzuschaffen.

Worauf wartet die Europäische Union noch? Warum beschleunigt sie diesen Prozess nicht und schafft eine Freihandelszone, die beide Kontinente umfasst?

Jean Louis Guigou² hat diese Entwicklung mit der Organisation „Afrique-Méditerranée-Europe“, die dem Vorbild der amerikanischen und asiatischen „Vertikalen“ (Wirtschaftsgemeinschaften desselben Kontinents) folgt, erkannt.

Die Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union ist die erste Herausforderung, die es zu bewältigen gilt, da der Mittelmeerraum und Afrika natürliche Handelsräume sind. Dies gilt vor allem, da die Amerikaner, außer im militärischen Rahmen, seit der Amtszeit von Bill Clinton auf dem Kontinent nicht mehr vertreten sind, und da Donald Trump vor Kurzem mit der Auflösung von USAID³ (über die im Jahr 2024 40 Mrd. USD zur Verfügung gestellt wurden) ihre einzige dortige Präsenz beendete.

Es bedarf dafür eines Vertrags über die gemeinsame Produktion, einer Charta der Werte, einer Interkontinentalen Bank (BIAME), die die Investitionssicherheit und die Mobilität von Kapital gewährleistet, einer koordinierenden Stelle (afrikanisch-europäische Kommission), die die 55 afrikanischen Staaten, die 24 Staaten der Karibik und des Pazifiks (AKP)⁴ durch einen Vertrag mit der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und die 27 europäischen Staaten vertritt, d. h. 106 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Die wichtigsten Themen in diesem europäisch-afrikanischen Raum wären etwa die Ernährungssicherheit, die Energiewende, Gesundheit, Bildung, Migrationsströme, Infrastruktur sowie die Verteidigung und die Digitalisierung.

Im Jahr 2050 werden in Afrika Nahrung, eine Unterkunft und Kleidung für 2,4 Mrd. Menschen benötigt. Neben seinem Reichtum an Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Ressourcen verfügt der Kontinent auch über eine außergewöhnliche menschliche Vielfalt, da 70 % der 18-25-Jährigen der Weltbevölkerung dort leben werden. Kurz gesagt wird es 2050 in Afrika mehr junge Menschen geben als sonst irgendwo auf der Welt.

² Jean Louis Guigou, ehemaliger Direktor von Datar

³ USAID, Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung

⁴ AKP, Partnerschaftsabkommen zwischen den AKP-Staaten und der EU, das seit 2000 auch als Abkommen von Cotonou bezeichnet wird

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Ist es nicht an der Zeit, dass Europa Afrika als Perspektive für die Zukunft betrachtet und nicht als Migrationslast?

Angesichts des „amerikanischen Tangos“ und weil China neue Märkte für seine Produkte finden muss, wobei insbesondere der europäische Markt im Fokus steht, muss Europa neue Handelsräume für sich schaffen, die für alle Parteien gleichermaßen einen Nutzen haben.

Es ist Aufgabe der Kommission und des Parlaments, sich dieses sensiblen Themas anzunehmen.

Seien wir endlich mutig und erfinderisch! Es ist höchste Zeit.

Michel Scarbonchi

ARE, PSE, GUE/NGL, Frankreich (1997-1999, 2001-2002, 2002-2004)

FOCUS: Die Außen- Und Sicherheitspolitik Der EU

Ist die EU ein globaler Akteur?

Ja. Die EU ist in der Tat ein globaler Akteur. Aber inwieweit kann die EU Einfluss nehmen und in welchen Bereichen?

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist die EU schwach und gespalten.

Die Führungsspitzen der EU hatten Schwierigkeiten, sich in die von den USA und Russland eingeleiteten und geführten Sondierungsgespräche für Frieden in der Ukraine und damit am Aufbau eines neuen europäischen Sicherheitssystems zu beteiligen.

Vor Beginn des Krieges verhandelten die NATO-Mitgliedstaaten wochenlang über gemeinsame Standpunkte.

Innerhalb der NATO arbeiteten die Vereinigten Staaten und Europa eng zusammen.

Zu den EU-Debatten kann ich nichts sagen.

Der französische Präsident Macron sprach im Januar 2022 vor dem Europäischen Parlament und erklärte: „In den kommenden Wochen müssen wir einen europäischen Vorschlag für den Aufbau einer neuen Sicherheitsordnung vorlegen. Wir Europäer müssen dies tun, bevor wir das Thema mit unseren NATO-Verbündeten erörtern. Anschließend werden wir Verhandlungen mit Russland aufnehmen.“

Was ist seit dieser Rede geschehen?

Die Umriss des europäischen Sicherheitssystems werden derzeit neu skizziert, jedoch nicht von der EU. Die EU und die Ukraine haben es kaum geschafft, ihre eigenen Entwürfe oder Perspektiven an den Verhandlungstisch zu bringen. Grundlage der Beratungen bilden die Vorschläge von Russland und Präsident Trump. Die EU ist in dabei weitgehend ein Zaungast.

Zu Beginn des Jahres sagte Selenskyj in Davos: „Europa liebt es, über die Zukunft zu sprechen, vermeidet es jedoch, heute Maßnahmen zu ergreifen, die darüber entscheiden, wie unsere Zukunft aussehen wird.“ Deutlicher kann man es kaum ausdrücken. In den 15 Jahren als Mitglied des Europäischen Parlaments (2004–2019) habe auch ich zahlreiche großartige Reden im Europäischen Parlament gehört.

Wir leben in Zeiten der Machtpolitik. Im Januar erklärte Präsident Trump, dass er sich nicht durch internationales Recht einschränken lasse. Die einzigen Schranken seien für ihn seine eigene Moral. Die regelbasierte Weltordnung hat an Boden verloren.

Die Rolle der EU in der Welt der Machtpolitik ist schwach. Die EU kann weder ihre Mitgliedstaaten noch Europa verteidigen. 80 % der Finanzmittel der NATO für Verteidigung stammen aus Ländern, die nicht zur EU gehören. Die Türkei, das Vereinigte Königreich, die USA und Kanada sind allesamt keine EU-Mitgliedstaaten.

28 NATO-Mitglieder sind europäische Länder. In den europäischen NATO-Mitgliedstaaten leben 600 Millionen Menschen. 450 Millionen Menschen leben in den EU-Mitgliedstaaten. Die NATO umfasst einen größeren Teil Europas als die EU.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Wenn europäische Politiker über europäische Souveränität sprechen, ist die Frage, wessen Souveränität sie meinen: die der EU oder die Europas?

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben zahlreiche Gipfeltreffen abgehalten, die die Ukraine zum Thema hatten. Die Reden waren beeindruckend und haben Wirkung gezeigt. Die Unterstützung für die Ukraine hat im Laufe der Monate und Jahre zugenommen. Das muss anerkannt werden.

Die europäischen Länder und die EU-Organe haben die Ukraine mit rund 70 Mrd. EUR an humanitärer und finanzieller Hilfe unterstützt. Die militärische Unterstützung beläuft sich auf 62 Mrd. EUR.

Die USA haben 64 Mrd. EUR an militärischer Unterstützung bereitgestellt. Die Gesamtsumme der US-Unterstützung ist jedoch geringer als die aus Europa.

So haben 11 europäische Länder mehr Hilfen bereitgestellt als die USA, wenn man die Hilfen in ein Verhältnis zum BIP des jeweiligen Landes setzt. Angeführt wird die Liste von Estland, Dänemark, Litauen, Lettland, Finnland, Schweden, Polen, den Niederlanden, Norwegen, der Slowakei, Kroatien und den USA.

Die Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten weist große Unterschiede auf: Estland hat 2,2 % des BIP bereitgestellt, Deutschland 0,44 % und Frankreich 0,18 %. Die Unterstützung der USA ist sowohl in Dollar als auch in Euro beeindruckend, macht aber nur 0,53% des BIP der USA aus. Das kleine und verschuldete Finnland hat hingegen 0,98 % seines BIP beigetragen.

Doch warum schreibe ich so viel über die Unterstützung der Ukraine und die Hilfe für die Ukraine? Die Ukraine ist ein Teil Europas und ein künftiger EU-Mitgliedstaat. Die Zukunft, Stärke oder Schwäche der EU hängt mit der Zukunft der Ukraine zusammen.

Die EU kann auf globaler Ebene keine starke Position einnehmen, ohne ein starker und zuverlässiger europäischer Akteur zu sein.

Zwar vertritt die EU im Bereich der Menschenrechtspolitik entschiedene Standpunkte, ihre Bemühungen in diesem Bereich kann man jedoch nicht als kohärent bezeichnen.

Das untergräbt ihre Glaubwürdigkeit.

Und wie steht es um die Wirtschafts- und Handelspolitik? Um relevant zu sein, muss Europa in der Lage sein, ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu erzielen. Im vergangenen Jahr betrug das Wirtschaftswachstum in den USA 2,5 %, in China 5 % und in Indien 6,5 %. Europa muss hier deutlich aufholen. Es bleibt noch viel zu tun, wenn es gilt, die EU zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen.

Das im Januar mit Indien geschlossene Handelsabkommen und das nun verzögerte Mercosur-Abkommen sind große Erfolge. Die Verhandlungen waren langwierig und beschwerlich. Die EU-Mitgliedstaaten hatten und haben unterschiedliche Interessen in der Handelspolitik, aber letztlich wurde ein Ergebnis erzielt.

Indien ist eine aufsteigende Wirtschaftsmacht. Daher ist es wichtig, dass das Abkommen genau zu diesem Zeitpunkt zustande gekommen ist. Auch dem Gesichtsausdruck der Kommissionspräsidentin war die Bedeutung dieses Ereignisses zu entnehmen. Ich habe Frau von der Leyen noch nie so zufrieden gesehen.

Warum ist es so schwierig, Ergebnisse in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erzielen? Die Handelspolitik liegt in der Zuständigkeit der EU. Die Außen- und Sicherheitspolitik erfordert Einstimmigkeit.

Wenn die EU in Zukunft ein wichtiger globaler Akteur sein will, muss sie sich gemeinsam aufraffen. In außen- und sicherheitspolitischen Fragen ist es an der Zeit, von der Einstimmigkeit zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen. Der Zeitpunkt ist vielleicht noch nicht gekommen, und die Kontroverse wird wahrscheinlich noch Jahre andauern.

Ohne Veränderungen wird die EU jedoch bloß ein Zuschauer sein und kann keinen globalen Einfluss ausüben.

Die EU kann nur dann ein globaler Akteur sein, wenn sie willens und in der Lage ist, geeint und besonnen aufzutreten.

Die Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten ist eine Herausforderung. Einstimmigkeit kann nicht auf Befehl oder durch Zwang erreicht werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten lernen, Meinungsverschiedenheiten auf offenere Weise beizulegen. Offenheit ist wichtig, um Einheit zu schaffen und schwierige Probleme zu lösen.

Anneli Jäätteenmäki

ALDE, Finnland (2004–2019)

FOCUS: Ist das Parlament ein reifer Gesetzgeber?

Das Parlament verfügt heutzutage über mehr Macht und Einfluss als es manchmal zugibt – und könnte diese in manchen Momenten etwas zurückhaltender einsetzen. Die EU ist mit einer Welt konfrontiert, in der institutionelle Nabelschau und Brüsseler Rivalitäten den strategischen Notwendigkeiten untergeordnet werden müssen. Ein reifes Parlament muss seine Macht mit Bedacht einsetzen – nicht so sehr, weil seine Macht infrage gestellt wird, sondern vielmehr, weil es keinen Spielraum mehr für Fehler gibt. Wo positioniert sich das Parlament in dieser Zeit geopolitischer Umbrüche? Und welche Rolle nimmt es in einer Europäischen Union ein, die in einer grundlegend veränderten Welt zurecht kommen muss?

Die Befugnisse des Parlaments waren nie auf das beschränkt, was in den Verträgen steht, sondern erstrecken sich auf all das, was das Parlament in drei Jahrzehnten politischen Handelns extrahiert, interpretiert, standardisiert und konsolidiert hat. Das Parlament befindet sich nicht mehr in einer Phase der Ambitionen, sondern in einer Phase, in der es Verantwortung übernehmen muss. Und Macht verantwortungsvoll auszuüben ist etwas anderes als Macht auf „aktivistische“ Weise auszuüben. Das bedeutet jedoch keinesfalls, zu irgendeinem Zeitpunkt die Verantwortung, die damit einhergeht, die Bürgerinnen und Bürger der EU direkt zu vertreten, nicht gewissenhaft wahrzunehmen. Es bedeutet, sie mit Bedacht wahrzunehmen.

Wir erleben derzeit das wohl instabilste geopolitische Umfeld seit Anfang der Neunzigerjahre – und möglicherweise sogar seit Beginn des Kalten Kriegs. Diese Instabilität hat vier Dimensionen:

Erstens stand die Europäischen Union seit ihrer Gründung an ihren Grenzen noch nie einem derart schwierigen strategischen Umfeld gegenüber wie heute – seit wir dieses gemeinsame Unterfangen für die Zukunft begonnen haben.

Zweitens ist China im Begriff, das globale Umfeld – und damit auch den strategischen Raum der EU – neu zu ordnen. China ist der weltweit bedeutendste Architekt industrieller und technologischer Abhängigkeiten – was unmittelbare Auswirkungen auf den Handlungsspielraum der EU hat.

Drittens wird unser engster Verbündeter immer unberechenbarer: Die Vereinigten Staaten sind für die Sicherheit Europas weiterhin unverzichtbar, aber sie durchlaufen einen innen- und geopolitischen Wandel, der das Umfeld, in dem das Europäische Parlament Rechtsvorschriften erlässt, neu gestaltet.

Und viertens ist Technologie die Infrastruktur der Macht im 21. Jahrhundert. Die EU hatte im Bereich der regulatorischen Innovation weltweit immer die Nase vorn. Regulierung kann jedoch kein Ersatz für Fähigkeiten sein – und Fähigkeiten sind der Bereich, in dem die EU an Boden verliert. Das Europäische Parlament hat eine entscheidende Rolle dabei gespielt, den digitalen Rahmen der Europäischen Union zu gestalten – und das zu Recht. Jedoch muss uns ein Risiko bewusst sein: Wenn Regulierung an die Stelle der Wettbewerbsfähigkeit tritt, dann verschärft die Union ihre Abhängigkeiten, anstatt sie abzubauen. Die Organe der EU, allen voran das Europäische Parlament, waren Wegbereiter, als es galt, ein globales Bewusstsein zu schaffen, das für die Energiewende unerlässlich ist. Allerdings hinken die Maßnahmen hinterher, da die Strategien der Europäischen Union in einer Welt ausgearbeitet wurden, die

so nicht mehr existiert. Das Parlament muss sich anpassen und dabei seine Ambitionen beibehalten und seine Dogmen aufgeben.

Zum ersten Mal nimmt das Parlament direkten – und teilweise entscheidenden – Einfluss auf die Gestaltung der industriellen Basis der europäischen Verteidigung.

Das Parlament nimmt dabei eine wichtige Position ein und ist mittlerweile ein zentraler Akteur, wenn es darum geht, die Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten zu gestalten. Aber – und das muss deutlich gesagt werden – die fehlenden Verteidigungsfähigkeiten Europas können nicht durch institutionelle Ansprüche und schon gar nicht durch einen Wettbewerb zwischen den Institutionen behoben werden. Die Lücke kann nur durch eine gemeinsame Beschaffung, eine Berücksichtigung der Nachfrage, vorhersehbare, mehrjährige Verträge mit der Industrie, Interoperabilität und ein gemeinsames Verständnis der Bedrohung geschlossen werden.

Das Europäische Parlament ist bis jetzt der weltweite Vorreiter im Bereich der E-Governance. Der geopolitische Kontext hat sich jedoch verändert. Europa hat die Führungsposition bei grundlegenden Technologien wie künstlicher Intelligenz, Cloud-Infrastruktur, technologieintensiven Plattformen, vermaschte Satellitennetzwerke und Halbleiter verloren. Regulierung ist nach wie vor unverzichtbar; dadurch können jedoch die fehlenden Fähigkeiten nicht ausgeglichen werden. Ein Parlament, das überreguliert oder seine Regulierungsbefugnisse als Projektionsfläche für institutionelle Machtkämpfe nutzt, riskiert, die Abhängigkeiten Europas, insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten, zu verschärfen.

Das Parlament ist nicht mehr die aufstrebende Institution, die es einmal war. Es ist ein reifes Legislativorgan, ein wichtiger Teil der Verträge und das deutlichste Sinnbild für Demokratie in Europa. Reife wird jedoch nicht am Ausmaß der Macht gemessen – Reife wird daran gemessen, wie die Macht eingesetzt wird.

Europa steht ein Jahrzehnt bevor, das uns auf eine Weise herausfordern wird, die wir seit Generationen nicht erlebt haben.

Ana Palacio

EVP, Spanien (1994-2002)

FOCUS: Die EU kann handeln – wenn sie will

Mario Draghi hat es jüngst unmissverständlich formuliert: Europa droht Unterordnung, Spaltung und Deindustrialisierung – nicht wegen mangelnder Werte, sondern wegen mangelnder Macht. In einer Welt, in der die USA Fragmentierung offen als strategischen Vorteil begreifen und China Lieferketten politisch instrumentalisiert, ist europäische Handlungsunfähigkeit kein abstraktes Problem mehr, sondern ein Standort- und Sicherheitsrisiko.

„Europa steht vor einer historischen Chance: Die Krise als Katalysator zu nutzen. Doch statt zu handeln, blockieren wir uns selbst. Nicht weil es keine Lösungen gäbe – sondern weil wir sie nicht wagend umsetzen.“

Wir haben beide Jahrzehnte in und mit der EU gearbeitet. Und wir wissen: Die größte Lüge über die EU ist, dass sie ‚zu langsam‘ sei. In Wahrheit ist sie zu oft gelähmt – von Regeln, die längst überholt sind.

Doch es gibt einen Ausweg. Ohne Vertragsänderung. Ohne jahrelange Debatten. Hier ist, wie.“

DAS PROBLEM – WARUM EINSTIMMIGKEIT DIE EU LÄHMT

Klimaschutz: Ein Land stoppt die nächste CO₂-Grenzausgleichsabgabe – obwohl 26 Mitgliedstaaten zustimmen.

Steuergerechtigkeit: Ein Staat blockiert die Mindestbesteuerung für Konzerne – und schützt damit Steueroasen statt europäische Bürger:innen.

Außenpolitik: Sanktionen gegen autokratische Regime? Nur wenn alle zustimmen. Ein Veto reicht, um alles zu kippen.

„Einstimmigkeit war einmal ein Schutzmechanismus. Heute ist sie ein Selbstlähmungs-Programm. Die Welt wartet nicht auf uns – weder China noch die USA noch die Klimakrise.“

DIE LÖSUNG – DREI WEGE, DAS VETORECHT ZU UMGEHEN

1. Die „Passerelle-Klausel“: Der legale Notausgang

Die EU-Verträge erlauben bereits, Einstimmigkeit durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen – wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen. Paradox? Nicht zwingend.

Lösungsvorschlag: Eine Koalition der Willigen (z. B. Deutschland, Frankreich, Benelux, Nordische Länder) erklärt: „Wir verzichten in Klimaschutz-, Steuer- und Außenpolitik auf unser Vetorecht – unabhängig von künftigen Regierungen.“

Rechtlich möglich? Ja. Ein nationales Gesetz (z. B. in Deutschland) könnte die Bundesregierung binden, in definierten Fragen nie zu blockieren.

Vorteil: Wer das rückgängig machen will, müsste vor Gericht – und öffentlich erklären, warum er Handlungsfähigkeit sabotiert.

2. Nationale Selbstverpflichtungen: „Wir blockieren nicht mehr“

Länder könnten bilaterale Abkommen schließen: „Wir stimmen in Frage X immer für Mehrheitsentscheidungen – selbst wenn die EU-Verträge das noch nicht vorsehen.“

Beispiel: Wenn 20 von 27 Ländern das tun, entsteht ein faktischer Standard. Die restlichen sieben können nicht mehr blockieren, ohne sich selbst zu isolieren.

Präzedenzfall: Die Eurogruppe trifft bereits informell Mehrheitsentscheidungen. Warum nicht auch andere Gremien?

3. Transparenz als Druckmittel: „Wer blockiert, wird genannt“

Die EU veröffentlicht nicht, wer welche Entscheidung killt. Das muss sich ändern.

Forderung: Ein „EU-Entscheidungsmonitor“ – öffentlich, mit Namen und Begründung.

„Wenn ein Land die nächste Klimaschutzmaßnahme stoppt, soll jeder Bürger wissen: Dieses Land hat das verhindert.“

Effekt: Politische Kosten für Blockadeure steigen. Niemand will als Bremser dastehen.

WARUM JETZT? DIE CHANCE DES MOMENTS

Ukraine-Krieg: Zeigt, dass Europa schnell handeln kann (Sanktionen, Flüchtlingshilfe, Waffenlieferungen) – wenn es muss.

Green Deal: Die Klimakrise wartet nicht. Jede Blockade kostet uns Zeit – und Geld.

Globaler Wettbewerb: China und die USA entscheiden mit Mehrheiten. Warum dürfen wir das nicht?

Jemand sagte mir mal: „Die EU ist wie ein Fahrrad: Wenn sie steht, fällt sie um. Jetzt ist der Moment, in die Pedale zu treten.“ (Ein EU-Kommissar, namentlich bekannt)

Unser Aufruf zum Handeln: „Was Sie tun können“

als Mitglieder der FMA-Community, als EU-Parlamentarier

„Sie kennen die Mechanismen. Nutzen Sie Ihre Netzwerke! Sprechen Sie mit aktiven MdEPs, mit Kommissionaren, mit nationalen Parlamentariern. Fordern Sie: ‚Unser Land soll als Erstes auf Vetorechte in Klimafragen verzichten!‘“

Für alle anderen: „Teilen Sie diesen Artikel. Schreiben Sie Ihren Abgeordneten. Und vor allem: Verlangen Sie von Ihrer Regierung, dass sie handelt – statt zu blockieren.“

„Die EU ist kein starres Gebilde. Sie ist, was wir aus ihr machen. Die Tools für eine handlungsfähige Union existieren. Wir müssen sie nur nutzen. Die Frage ist nicht, ob wir das Vetorecht reformieren. Sondern: Wer macht den ersten Schritt? Es ist Zeit, Europa vom Blockademodus in den Handlungsmodus zu versetzen.“

Michael Detjen

S&D, Deutschland (2018-2019)

Rudolf Tillig

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands